

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am **Sonntag**  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Papen ade!

Seit Tagen schwirren Gerüchte, daß die Regierung der nationalen Konzentration sich rückwärts konzentrieren werde. Es sprachen gewiß manche Gründe gegen diese Vermutung, vor allem der, daß diese Regierung gleich bei ihrem Antritt erklärt hatte, sie werde uns vier Jahre lang beglücken. Und an dem Worte von Edelmannern darf man nicht leicht hin zweifeln. Allein jetzt, wo diese Zeitung in Druck gehen soll, kommt die bestimmte Meldung, daß das Kabinett zurückgetreten ist. So wäre es bloß sechs Monate im Amte gewesen. Es hat aber die kurze Zeit gründlich ausgenutzt; es hat noch mehr vollbracht, als wir ihm kurz nach seinem Erscheinen vorauszusagen gewagt haben, und was es vollbracht hat, kann sich neben dem, was andere Regierungen gleicher Zusammensetzung geleistet haben, getrost sehen lassen.

Das Kabinett der Barone stellte sich als das der nationalen Konzentration vor. In dem halben Jahr hat es die Nation dermaßen konzentriert, daß ihr Hören und Sehen vergeht. Die Mainlinie, die man seit den Novembertagen von 1918 für immer verschwunden hielt, wurde aufs neue und tiefer als je aufgerissen. Die Süddeutschen wurden durch die Politik dieser Regierung so stark gegen „Preußen“ aufgepeitscht, daß man um die Einheit Deutschlands bangen mußte. Überdies wurden die Volksschichten und Parteien so gegeneinander gewirbelt, daß dem wirklichen Patriotismus angst und bange werden konnte.

Außer der nationalen Konzentration hat sich das Kabinett der Barone der Wirtschaft erbarmt. In dieser Hinsicht hat es mit verblüffender Gradlinigkeit die Politik seiner Vorgängerschaft weiter betrieben. Es hat den Ärmsten der Armen die kargen Bezüge um anderthalb Milliarden gekürzt; es hat dem Unternehmertum das Recht auf weitere Lohnkürzung gewährt; es hat obendrein dem Unternehmertum Geschenke in der Höhe von anderthalb Milliarden gewährt, von den goldigen Geschenken an die Großlandwirtschaft ganz zu schweigen. Die Besenkten haben die Regierung kreischend gelobt. So, nun konnte es an der Wirtschaftsbelebung nicht mehr fehlen. Man weiß nicht, ob man über die Einfalt der Unternehmer oder über die der Obrigkeit mehr lachen soll. Für einen derartigen Kurzschnitt des wirtschaftlichen Verstandes sucht man vergeblich nach einem Beispiel. Nun sitzen die Unternehmer da mit ihren Steuerscheinen, aber der große Mann, der von ihnen helle Wunder weissagte, ist fort, so daß die Unternehmer die Folgen der Geschenkchenpolitik selbst zu tragen haben werden. Und die werden nicht leicht sein.

Es mag Leute geben, die das Verschwinden dieser Junker aus dem Amt bedauern. Denn wenn ihnen eine etwas längere Wirkungszeit beschieden gewesen wäre, sie hätten noch mehr Beweise geliefert, daß sie das Zeug dazu haben, mit der Wirtschaft ebenso fertig zu werden, wie ihre Artverwandten einst mit der Monarchie.

Das nun verschundene Kabinett wollte aber auch eine grundsätzlich neue Staatsführung betreiben. Hierfür hatte es eine schwere Kiste mit Gespinsten, Gestalten und Kostümen aus dem Vormärz mitgebracht. Mit Verwunderung nahm man wahr, wie reichhaltig und mufflig der Kisteninhalt war. Daß sich ein derartiger Haufen von Überlebtheiten bis weit ins 20. Jahrhundert erhalten konnte, hätte man platterdings für unmöglich gehalten. Und mit dieser vormärzlichen Ausrüstung sollte ein politisch wie wirtschaftlich schwerkränkes Volk verarztet werden! Einfacher Pferdeverstand hätte sagen müssen, daß bei einem Zustand wie dem gegenwärtigen alles vermieden werden muß, was die Erregung und Unsicherheit irgendwie vermehren kann. Aber wir wurden ja das letzte halbe Jahr nicht vom Pferdeverstand regiert, sondern von preussischen Junkern, und die haben seit Jena und Auerstadt genugsam bewiesen, wie mans machen muß, um sicher an den Rand zu kommen.

Nun sind die Betreiber der grundsätzlich neuen Staatsführung dahin. Sie können daher ihre aus dem Glauben stammende oder vom Himmel verliehene Mission nicht vollends erfüllen. Selbst ohne die verheißene christlich-nationale Volksgemeinschaft werden wir uns weiterhelfen müssen. Immerhin glauben wir, daß die Masse des Volkes sich selbst über diese nicht alltäglichen Verluste hinwegtrösten wird. Anders wird es mit den Kraut- und Schlotjunkern sein. Sie werden sich bemüht sehen, das Verschwinden dieser unvergleichlichen Obrigkeit laut zu beklagen; auch die Bolschewisten dürften viel Anlaß haben, dem abgetretenen Kabinett dicke Kerzen zu stiften für die nachhaltige Förderung, die sie von dem Kabinett erhalten haben. Das Andenken des Herrn von Papen wird so leicht nicht verloren gehen. Er wird zu den unvergesslichen Kanzlern zählen, weil seine Verdienste eben unvergesslich sind. Das größte dieser Verdienste mag darin bestehen, daß er vielen einen Anschauungsunterricht hat zuteil werden lassen, der nicht eindrucklicher sein kann.

Bei der Beurteilung des politischen Trauerspiels lasse man folgendes nicht außer acht: die ständigen, gleich ergebnislosen Wahlen, die Schwierigkeit der Regierungsbildung, das gegenseitige Anschreien der Parteien, der Fahrenwechsel der Wählermassen, die Ratlosigkeit der Parlamentarier, das Absterben von Parteien, der Unfug

mit ihren Leichen und ähnliches mehr ist nur der Ausdruck dafür, daß die wirtschaftliche Grundlage versinkt, auf der die Parteien mit ihren Ideen, Einrichtungen und Bestrebungen und Unergötlichkeiten zu Hause sind. Diese Grundlage, die kapitalistische Wirtschaft, ist erschüttert, sie zerfällt, sie sinkt unter, und damit zerfällt auch ihr politischer und sonstiger Überbau. Der gesamten bürgerlichen Klasse wird der Zerfall handgreiflich. Die einen wollen von der Grundlage noch retten, was zu retten ist; die andern wollen zurück in eine Zeit, wo es für sie keine Erschütterung und keine Todesgefahr gab. Zu diesem Zwecke werden Gesetze, Notverordnungen, Klassenurteile gemacht; zu diesem Zwecke werden alle möglichen Pläne ausgetüftelt. Wenn eine Runde dieses Tuns oder Planeschmiedens vollendet ist, kommen alle Teile der bedrohten bürgerlichen Welt zu dem Schluß, daß nur mit dem Schweiß der Arbeiterklasse das immer ärger drohende Unheil abgewendet werden kann. Nebenbei werden Gesetz und Staatseinrichtungen gemodelt, verschlechtert, und die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten beseitigt.

Die simplen Bürgerknaben meinen, mit der Wegschaffung der Palisaden sei das Erdbeben zu beschwören. Oder sie meinen, man könne den Lauf der Natur mit dem Säbel in die entgegengesetzte Richtung drängen. Mit solchen Illusionen wird auch künftig noch lustig weitergewurstelt werden. Wir werden noch länger das politische Trauerspiel erleiden müssen. Aber eines Tages ist der Punkt erreicht, wo es nicht mehr geht. Wo von einem

Hemmen oder Ausweichen keine Rede mehr sein kann. Wo die kapitalistische Welt ihr letztes Register gezogen und alles soweit verschlimmert hat, daß sie der Übermacht der Tatsachen und der notleidenden Menschheit weichen muß. Die herrschende Klasse ist mit aller Kraft dabei, diese Stunde herbeizupressen. Dem guten Papen, dem unvergleichlichen, wird der Ruhm bleiben, mehr als ein anderer zum Heranreifen des großen geschichtlichen Ereignisses verübt zu haben.

Was aber nun weiter? Mit dem Abgang der Barone ist für das arbeitende Volk zwar etwas, aber noch nicht viel gewonnen. Wer immer ihre nächsten Nachfolger sein werden, sie werden ebenfalls versuchen, unser wirtschaftlich-politisches Elend mit den alten, den ganz unsinnigen, jedenfalls völlig unzulänglichen Rezepten oder Mitteln zu heilen. Womöglich werden sie, was gewiß viel heißt, das noch rücksichtsloser als die beiden letzten Regierungen tun, schon weil die Barone das seelische und wirtschaftliche Trümmerfeld noch ärger und unheilvoller gemacht haben: Der politische Unfriede hat einen bedenklichen Grad erreicht, die öffentlichen Kassen weisen gähnende Löcher auf, und die Taschen der unteren Schichten sind leerer als je. Trotzdem wird auf einen versprechenden Anlauf, die vielgestaltige Misere zu mildern, unmöglich zu rechnen sein, denn die kapitalistische Klasse weiß keine wirklichen Besserungsmittel. Nur sozialistische Mittel können noch helfen. Für deren Anwendung aber ist die Arbeiterklasse zur Zeit leider noch zu schwach. Allein, da bekanntlich auch der Konterrevolutionär ein Revolutionär ist, so steht zu hoffen, daß sich die Arbeiterklasse, durch das Fegefeuer der kapitalistischen Misere gestärkt, zusammenschweißt und geziemend handlungsfähig wird. Darauf müssen wir hoffen; das müssen wir erstreben. Denn ohnedem gibt es kein Heil.

## Ein Blutbad in Genf

Von Genf, der Stadt des Völkerbundes, war man bislang nur friedliche Botschaft gewohnt. Es ging dort denn tatsächlich auch recht friedlich zu. Die Geschäfte des Völkerbundes, Genfs wichtigste Industrie, bringen ständig Fremde haufenweis herbei, die der Stadt das Gepräge der bürgerlichen Geruhigkeit und der Wohlhabenheit geben. In zahlreichen luxuriös eingerichteten Hotels werden die Fremdlinge gefüttert und unterhalten; in den zwei großen Gebäuden auf der linken Seeseite dürfen sie so tun, als ob sie irgendeine nützliche Beschäftigung ausübten. Und nichts störte diese Idylle.

Hinter der friedlich-vergnügeligen Fassade aber sieht es anders, sehr düster aus. Die Wirtschaftskrise hat auch die Genfer Arbeiterschaft heimgesucht. Die Uhrenindustrie, das sehr alte Gewerbe der Stadt, ist fast ganz tot, in den paar großen Metallbetrieben und im Kleingewerbe steht es kaum besser. Die eingeborene Bourgeoisie ist von sozialem Verständnis bestimmt nicht angekränkt. Sie hat sich ein Skandalchen nach dem andern geleistet. Ihre moralische Beschaffenheit kam bei verschiedenen Bankpleiten an das Licht des Tages. Es ist dem sozialdemokratischen Blatt Genfs, Le Travail, zu verdanken, daß die großbürgerliche Fäulnis an die Öffentlichkeit kam.

Die Bourgeoisie war darüber wutentbrannt. Sie wendete gegen die Arbeiterschaft, richtiger, gegen ihre Führer, den alten Trick: Haltet den Dieb! an, um die Blicke von sich und ihren schmierigen Affären abzulenken. Eine nationalistische Organisation, die Union Nationale, sollte am 9. November das Unterfangen der Bourgeoisie durch eine große Versammlung stützen. In der Versammlung sollten die Arbeiterführer gebrandmarkt werden. Die Arbeiterschaft veranstaltete eine Gegendemonstration vor dem Versammlungsort der Union Nationale in dem Vorort Plainpalais. Starke Polizeiaufgebote versuchten die Arbeiterhaufen abzurängen. Als sich, so lesen wir in der

Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung, die Polizei zu schwach erwies, wurde vorerst eine Kompanie der Rekrutenschule zur Verstärkung herbeigeholt. Das mußte bei der vorhandenen Empörung und der Mächtigkeit der Demonstration im höchsten Grade provokatorisch wirken. Bald entstand zwischen einzelnen Demonstranten und dem Militär ein Handgemenge, das damit endete, daß der Kommandant mit Gewehren und Maschinengewehren auf die Menge schiessen ließ.

Durch die Schießerei war die Menge wie betäubt. Niemand hatte erwartet, daß der Kommandant in die Menschenhaufen, die zu einer Befürchtung kaum Anlaß boten, schießen lassen werde. Erst als Teilnehmer stürzten und sich in ihrem Blute wälzten, wurde sich die Menge der Furchtbarkeit der Lage bewußt. Sie stob auseinander. Ein Dutzend Tote und zahlreiche Verwundete war das Ergebnis der Schießerei.

Die blutigen Vorfälle in Genf haben begreiflicherweise in der ganzen Schweiz nachhaltigen Widerhall ausgelöst. Bis weit ins Bürgertum hinein ist man über die Schießerei empört. Man fühlt den guten Ruf der Schweiz geschädigt. Die Arbeiterschaft protestierte sofort vielerorts in gewaltigen Kundgebungen gegen die Bluttat. Am Tage des Begräbnisses der Opfer wurde in Genf und anderwärts die Arbeitsruhe von den Arbeiterorganisationen angeordnet. Die Führer der Genfer Arbeiterschaft sind verhaftet worden. Die Justiz bemüht sich, ihnen die Schuld an dem blutigen Vorkommnis zuzuschreiben.

Es ist anzunehmen, daß die Bluttat in Genf noch lange nachwirken wird. Sie ist ein deutlicher Tatbeweis für die schweizerische Arbeiterschaft, daß auch ihre Bourgeoisie vor nichts zurückschreckt, wenn sie in ihrem Tun gestört wird. Die Schüsse von Genf werden in der Schweiz noch lange nachwirken. Ihre Bourgeoisie wird an sie noch oft recht unangenehm erinnert werden.

## Noch Schlimmeres steht bevor

Wiederholt hat das Kabinett der Barone für den Winter die Aufbesserung der Arbeitslosenbezüge in Aussicht gestellt. Kürzlich hat sie denn tatsächlich den Arbeitslosen ein paar Brosamen hingeworfen. Da dies kurz vor der Reichstagswahl geschah, konnte niemand darüber im Zweifel sein, daß die Brosamen als Wahlspeck gedacht waren. Wir haben fortgesetzt darauf hingewiesen, daß von dieser Regierung keine Milderung der Not der Arbeiterschaft zu erwarten ist, sondern daß sich die Arbeitslosen wie die noch beschäftigten Arbeiter auf neue Griffe in ihre Taschen gefaßt machen müssen. Verschiedene Zeichen deuten an, daß die Verwirklichung unserer trüben Voraussage sehr nahe ist.

Da ist zunächst die gähnende Leere der öffentlichen Kassen. Vor einigen Tagen hat der Reichsfinanzminister im Reichsrat zum ersten Male Mitteilungen über die Finanzlage gemacht. So dürftig die Auskunft war, eins läßt sie erkennen, nämlich ein großes Defizit im Reichshaushalt. Es ist im laufenden Etatjahr mit einem Fehlbetrag von 700 bis 800 Mill. M zu rechnen, wovon 400 Millionen auf das Reich, der Rest auf die Länder und Gemeinden entfällt. Da die Hälfte der Mindereinnahme den Ländern zufällt, und Deckung durch andre Quellen nicht möglich ist, haben verschiedene Finanzminister der Länder erklärt, ihnen sei die Aufstellung eines Haushaltsplans für 1933 überhaupt nicht möglich.

Trotz der zwingenden Vorschrift der Verfassung, daß der Haushalt dem Reichstag Anfang Dezember vorgelegt werden muß, will die Regierung davon absehen, wohl weil sie den ungunstigen Eindruck vermeiden will, den die offene Darlegung der Finanzschwierigkeiten hervorrufen muß. Man kann dies auch so deuten, daß die Regierung keinen Ausweg aus dem finanziellen Dallea sieht.

Seit Wochen erschallen Notschreie aus den großen industriellen Gemeinden des Ruhrgebiets. Sie sind am Ende ihrer geldlichen Leistungsfähigkeit. Um die Wohlfahrtsunterstützung und gleich dringende Ausgaben bestreiten zu können, führen sie nicht mehr die für das Reich eingenommenen Steuern ab. Außerhalb des Ruhrgebiets gibt es Gemeinden in großer Zahl, die gleichfalls nicht mehr weiter können. Und die Aussicht auf eine Besserung besteht nirgends. Das Gegenteil ist wahrscheinlich, nein gewiß. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß die Regierung schon anderthalb Milliarden Mark an Steuern im voraus den Unternehmern geschenkt hat. Außerdem sind der Landwirtschaft erhebliche Geldgeschenke gewährt worden, die irgendwann irgendwie bezahlt werden müssen.

Wie sollen nun die Löcher in den öffentlichen Kassen gedeckt werden? In der Sitzung der Vereinigten Reichsratsausschüsse vom 12. November wurden neue Einschränkungen bei den Personalausgaben, sei es durch direkte Kürzung der

### Aus dem Inhalt

|  | Seite |
|--|-------|
| Papen ade! — Ein Blutbad in Genf — Noch Schlimmeres steht bevor              | 283   |
| Die Spielarten des Faschismus — 30 M für Ankurbelung — Die Osaft in Nöten    | 284   |
| Stahlbad Anno 17 — Die Ehescheidung  | 285   |
| Schlußbericht der Kupferschmiede — Weißt du es? — Empörung über den Rundfunk | 286   |
| Sitzung des erweiterten Beirats  | 287   |
| Schriftschatz  | 288   |

# Die Spielarten des Faschismus

Aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der faschistischen Machtergreifung verkündete Mussolini in Mailand in einer Rede: „In einem Jahrzehnt wird Europa faschistisch oder faschisiert sein.“ Was berechtigte Mussolini zu der kühnen Behauptung, daß die Welt in den nächsten zehn Jahren unbedingt am faschistischen Wesen genesen werde? Die Tatsache etwa, daß die faschistischen Mächte in Deutschland im Vordringen sind? Die großen westeuropäischen Demokratien stehen unerschüttert da, und eine jede neue Wahl in diesen Ländern bezeugt, daß die Bevölkerung mit dem Faschismus nicht das geringste zu tun haben will. Sie sind überzeugt davon, daß dieses Abfallprodukt der Nachkriegszeit bald überhaupt verschwinden wird.

Man möchte gern erfahren, welcher Art von Faschismus die siegreiche Zukunft bevorstehe. Gemeinsam für alle Faschismen ist, daß sie die Freiheit der Bevölkerung unterdrücken. Zwischen den verschiedenen Faschismen bestehen jedoch große Unterschiede. Verschieden ist der Grad der Einschränkung der Freiheiten, verschieden die Methoden der Unterdrückung, verschieden vor allen Dingen die Klassen, auf die sich die Gewaltherrschaft stützt.

Der Grad, in dem die Volksfreiheiten durch den Faschismus unterdrückt werden, hängt davon ab, in welchem Ausmaß die faschistische Herrschaft in dem betreffenden Lande befestigt ist oder von den Machthabern als befestigt angesehen wird. Je mehr die faschistische Herrschaft befestigt ist, um so loser können die Machthaber die Zügel halten. Da genügt es, die Macht an allen wichtigen Kommandohöhen des staatlichen und des wirtschaftlichen Lebens in der Hand zu behalten, während auf anderen Lebensgebieten die freie Betätigung des Volkes mehr oder weniger geduldet werden kann. Andererseits hängt das Ausmaß der Unterdrückung auch von den Gegenkräften ab, die sich gegen die Unterdrückung auflehnen oder auflehen können. Je größer die Gegenkräfte, um so weniger ist der Faschismus befestigt, und er möchte demnach um so mehr die Freiheiten unterdrücken, was er jedoch, wenn die Gegenkräfte stark genug sind, nicht erreichen kann. Verschieden sind auch die Methoden der Unterdrückung. In allen Spielarten des Faschismus fällt Militär, Polizei und Bürokratie eine große Rolle zu. Es lassen sich jedoch im Hinblick auf die Methoden der Beherrschung zwei Arten klar unterscheiden. Die eine herrscht allein mit den alten traditionellen Gewalten, die Monarchie, Armee und Bürokratie auf Grund jahrhundert alter Gewohnung bedeuten. Die andere will den neuen Massenströmungen Rechnung tragen, will den Faschismus mit dem Schein der Demokratie umgeben. Die Zustimmung des Volkes zur faschistischen Herrschaft soll künstlich erzeugt oder vorgetäuscht werden, sei es durch parlamentarische Einrichtungen, die durch Verfassung des Wahlrechtes und des Wahlverfahrens zu einem Schattenbild der herrschenden Macht herabgesetzt werden, sei es durch gelegentliche Volksabstimmungen, die die wirkliche Selbstbestimmung des Volkes in seinen mannigfachen Lebensäußerungen ersetzen sollen. Nationalistische Leidenschaften müssen auf alle Fälle aufgepeitscht werden, damit sich das Volk an Trugbildern eigener Größe berauscht und dabei den Zustand seiner Sklaverei vergißt.

In den letzten Jahren war diese zweite Art der faschistischen Beherrschung vorwiegend. Der Faschismus mußte der Demokratie seinen Tribut leisten, die man aus dem Leben der Völker nicht mehr wegdenken kann und die daher entweder vorgetäuscht oder mit Betäubungsmitteln in Nebel gehüllt werden muß.

Mannigfaltig sind die Unterschiede des Faschismus in der Hinsicht, welchen Klassen die Unterdrückung der Freiheiten dienen soll. In allen Ländern will er den politischen und den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse verhindern. Im übrigen gibt es aber wesentliche Unterschiede in Hinsicht auf die Klassen, in denen die faschistische Herrschaft verankert ist. In dem einen Land dient der Faschismus vorwiegend dem Grundadel und dem mit diesem verbundenen Finanz- und Industriekapital. Das ist der feudalistische Faschismus. Diesen Charakter hat der Faschismus in Japan, in Ungarn und vor seinem Sturz in Spanien. Vorwiegend mittelständischen Charakter weist der Faschismus Italiens auf. Der Großunternehmer wird zwar in diesem System begünstigt,

der Staatsapparat dient ihm soweit, als er die Arbeiterschaft unterdrückt, dennoch ruht das Schwergewicht des italienischen Herrschaftssystems auf dem Mittelstand der Gewerbetreibenden, der höheren Angestellten und der freien Berufe.

Auch Bauern können im Hintergrund des Faschismus stehen, wie in Jugoslawien oder von Zeit zu Zeit in Rumänien und in Bulgarien, allerdings in einem anderen Sinne als die oben erwähnten Klassen. Da die Bauern selbst die Fähigkeit nicht haben, selbst zu herrschen, überlassen sie anderen den Herrschaftsapparat, müssen aber bei den Regierungsmaßnahmen vor den anderen Klassen bevorzugt werden. Es sind jedoch auch andere Arten, Zwischengestalten des Faschismus, denkbar, und werden solche verwirklicht, wo sich die Unterdrückung durch und zugunsten mehrerer Klassen zugleich erfolgt.

Militär und Bürokratie sind bei all diesen Spielarten des Faschismus Nutznießer des Herrschaftssystems. Ihre Beteiligung an der Macht ist jedoch je nachdem verschieden, auf welche Klassen sich die faschistische Herrschaft stützt. Dementsprechend werden sich das Berufsheer oder die Miliz, eine dünne Schicht adliger Beamtenaristokratie oder eine breite, von unten ergänzte Beamtenchar, in die Macht teilen.

Was geht zur Zeit in Deutschland vor sich? Halten wir uns an das hier entwickelte Schema, so zeigt es sich, daß in Deutschland gegenwärtig der Faschismus lebendig ist: der feudale Faschismus des Großadels und der mittelständische und bäuerliche Faschismus. An diesem Grundcharakter der beiden Faschismen ändert nichts die Tatsache, daß der feudale Faschismus auch in mittelständischen und bäuerlichen Kreisen Wurzel zu fassen sucht, wozu er allein schon wegen der Konkurrenz des Hitler-Faschismus gezwungen wird, und daß andererseits dieser seinen Geldgebern, dem Großkapital und dem Großhandel, freundlich gesinnt ist. Jedoch können die beiden Faschismen auf die Dauer gegeneinander nicht bestehen. Beide Faschismen haben starke Trümpfe in der Hand. So muß man wohl annehmen, daß die beiden Spielarten Wege suchen werden, um sich miteinander zu vertragen, damit sie die Unterdrückungsmaschine gemeinsam handhaben können.

Der eigentliche Kampf zwischen ihnen gilt in Wirklichkeit der Entscheidung, ob im Herrschaftssystem, das durch die Vereinigung der beiden Faschismen entstehen soll, der feudalistische oder der Hitler-Faschismus den größeren Anteil haben soll. Hinter dem nationalsozialistischen Redeschwall, der dem feudalistischen Faschismus Handlungen vorwirft, die der nationalsozialistische Faschismus selbst stets gefordert hat und die er selbst ebenso vollziehen würde, hinter all den Phrasen verbirgt sich der Kampf um die Machtverteilung.

Die Mehrheit des deutschen Volkes will aber keinen Faschismus haben. Die Arbeiterklasse, die Angestellten, die Beamten, deren Persönlichkeitsrechte von der Demokratie anerkannt wurden, wollen sich ihre Rechte nicht nehmen lassen. Das Proletariat will sich nicht damit abfinden, daß der Boden, auf dem es für seinen Aufstieg und für die Erneuerung der Wirtschaftsordnung kämpfte, seinen Füßen entzogen wird. Es muß und wird den Kampf gegen den Faschismus zähe und leidenschaftlich führen.

## 30 Mark für Ankurbelung

In ihrem Eifer, Papens Wirtschaftsprogramm in Gang zu bringen, ohne dafür Geld zu opfern und Grütze zu besitzen, ist eine Hamburger Autoreparaturfirma auf einen patentfähigen Gedanken gekommen. Sie will sich gnädigst dazu herbellassen, ihre Arbeiter selbst zur Ankurbelung anzuspornen. Damit sie sich mächtig ins Zeug legen, hat die Firma ein Preisausschreiben losgelassen, das wir seiner Ulkigkeit halber ganz abdrucken.

### Preisausschreiben

Unsere wiederholten Überlegungen, das Einkommen der Belegschaft zu erhöhen, scheiterten stets an der herrschenden Geldknappheit.

Wir beschäftigen uns heute erneut mit dem Gedanken, eine Lösung dieser Frage zu finden und fordern die gesamte Belegschaft auf, daran mitzuarbeiten.

Für gute Lösungen, welche die nachfolgenden Bedingungen in jeder Weise erfüllen, setzen wir drei Barpreise in Höhe von

- 15 M für die beste,
- 10 M für die zweitbeste,
- 5 M für die drittbeste Lösung aus.

Die Bedingungen sind:

1. Der Verkaufspreis der Werkarbeit an den Kunden darf nicht erhöht werden; es muß im Gegenteil die Möglichkeit bestehen, ihn zu senken.
2. Die Qualität der Arbeit darf auf keinen Fall geringer, sondern im Gegenteil erhöht werden.
3. Der angemessene Gewinn für die Firma soll nicht größer werden. Er muß aber auf jeden Fall gewahrt bleiben, da bessere Einkommenverhältnisse der Belegschaft nur aus Gewinnen der Firma gezahlt werden können.
4. Dem sozialen Empfinden entsprechend, sollen nicht nur die geschickten Monteure, sondern auch die weniger talentierten Monteure eine gewisse Beteiligung haben.

Die Entscheidung erfolgt durch den Geschäftsinhaber und ist unwiderruflich.

Die Lösungen sind in einem verschlossenen Umschlag, mit Namen versehen, bis . . . bei der Betriebsleitung abzugeben. Später ankommende Lösungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

(Unterschrift.)

Nun behaupte noch einer, die Großzügigkeit im deutschen Unternehmertum sei ausgestorben. Gestattet doch diese Hamburger Autobude den Arbeitern, für 30 M an dem großen Wirtschaftsprogramm Papens und an dem Profit der Firma mitzukurbeln! Für 15 M darf der Arbeiter sogar angeben, wie er die Güte seiner Arbeit erhöht, wobei freilich der Firma ein angemessener Gewinn — angemessener Gewinn, versteht ihr! — gewahrt bleiben muß. Doch die Noblesse der Firma hat noch immer keine Grenze. Ihr soziales Empfinden erlaubt schließlich, nicht nur den geschickten, auch den weniger talentierten Monteuren eine gewisse Beteiligung. Gewisse Beteiligung! Was das wohl ist?

Wenn nun aber diese Racker von Arbeiter nicht mitmachen? Nun, dann sind sie eben, wie Papen schon verkündet hat, Feinde des Vaterlandes, und ein Dutzend Leitensätze über den neuesten Dolchstoß sind fällig. Merkt euch das, Arbeiter, kurbelt fleißig mit. 30 Emmchen winken!

Beamtengehälter oder durch Verschiebung der Zahlungs-termine vorgeschlagen.

Die Gemeinden, besonders der Deutsche Städtetag, sind bestrebt, die Dreiteilung der Arbeitslosenunterstützung zu besetzen und das Unterstützungswesen bei den Gemeinden zu vereinigen. Das würde auf nichts Geringeres hinauslaufen als auf die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung. Daß die Regierung bereit ist, einen Schlag gegen die Arbeitslosenversicherung zu führen, dürfte nirgends ernstlich bestritten werden. Hierdurch bekämen die Gemeinden ihren lang gehegten Wunsch erfüllt. Die Regierung hat ja durch Kürzung der Leistungsdauer und der Unterstützungssätze der Aushöhlung der Arbeitslosenversicherung planmäßig vorgearbeitet.

Die Unternehmer ihrerseits bereiten einen neuen Anschlag auf die Lohnhöhe vor. Verschiedene Meldungen lassen darüber keinen Zweifel. Die Schwerindustriellen sind wieder einmal die ersten im Reigen der Lohnquetscher. Daß viele Unternehmer von dem „Recht“, daß ihnen die September-Verordnung in Sachen der Lohnkürzung gab, keinen Gebrauch machten, wurde ihnen als wirtschaftliche Einsicht angerechnet. Allein, es war nur politische Schlaueit. Sie wollten die ohnehin miesen Wahlaussichten der Papen-Regierung nicht durch Lohnquetscherei noch mieser machen. Nun, nachdem die Reichstagswahl stattgefunden, rücken die Unternehmer gleich mit ihren Plänen der Lohnkürzung heraus. Die anderthalb Milliarden, die sie von der Regierung zugeschoben bekommen haben, genügen offenbar noch lange nicht, um die Bankrott-wirtschaft zu erhalten. Nachdem der Steuersäckel hergehalten hat, soll die Lohnfüte abermals geleert werden.

So findet sich denn das Unternehmertum mit seiner Regierung zusammen zu abermaliger Schröpfung der Arbeiterschaft. Die Arbeitslosenversicherung soll zur reinen Almosenstelle umgewandelt werden, um die Fehlbeträge der öffentlichen Kassen zu mindern. Die Löhne sollen noch weiter gekürzt werden, um den Unternehmern Geld zum Leben und Vervulvern zu verschaffen. Den Arbeitslosen allesamt blüht das Los des Bettlers, und das Los der noch beschäftigten Leute soll nicht mehr von dem des Bettlers entfernt sein.

Das gehört wohl auch zur Ankurbelung der Wirtschaft, wie sie unsere genialen Wirtschaftsführer verstehen. Uns will scheinen, daß das eher in das Gebiet des Wahwitzes gehört. Wer da will, mag der Sippe, die uns regiert, Vorwürfe über ihr wahr-witziges Tun machen. Zweck wird es nicht haben. Sie kann nicht anders. Sie wird darin fortfahren, solange es sich die Opfer gefallen lassen.

## Die Osafs in Nöten

In letzter Zeit ist es immer öfter vorgekommen, daß sich Naziproleten und Kommunisten bei Streiks einträchtiglich zusammenfinden. Man denke: Nationalsozialisten gehen im Verein mit Bolschewisten gegen ihre Geldgeber vor! Man kann verstehen, daß darob die Osafs nicht sehr entzückt sind. Und weiter kann man sich leicht vorstellen, daß die hohen Gönner der Nazis noch weniger entzückt sind, daß sie von ihren so teuren Kostkindern auf den Gefühlssack, das heißt, auf den Geldbeutel, getreten werden. Die Unternehmer müssen wegen dieser „bolschewistischen Schweinerei“ den Osafs eklig auf die Hühneraugen getrampelt haben, denn ein Essener Naziblatt, die Nationalzeitung, berahigt laut Frankfurter Zeitung ihre Gömerschaft wie folgt:

„Wenn diese 12 Millionen ganz davon erfüllt werden, daß auch im Kampfe gegen die Reaktion ein Zusammengehen mit dem Marxismus auch bei wirtschaftlichen Kämpfen gar nicht in Frage kommen kann, daß vor allen Dingen ein Zusammenstehen in einer proletarischen Front mit Sozialdemokraten und Kommunisten niemals in Frage kommen kann, dann wird auch mancher Spießbürger, der in den letzten Wochen es mit der Angst zu tun bekommen hat, weil die NSDAP ihr Bekenntnis zum Sozialismus, zum deutschen Sozialismus, in die Tat umzusetzen begann, die Hemmungen überwinden, die ihm eine jüdisch geleitete Propaganda in den letzten zwei Monaten gewissermaßen auferedet hat.“

Ob die Naziproleten diese Beruhigungsspiele nicht zerblasen werden? Die Osafs dürften bald ein Reichsamt für Beruhigungsspielen nötig haben.

## Wie Schaffeder reißen sie aus

Wo immer die Nazis ein Land oder eine Stadt in antifischer Eigenschaft heimsuchen, reißen die Wähler wie Schaffeder aus. Ein Beispiel hierfür ist die Stadt Oldenburg. Dort sind die nationalsozialistischen Stimmen vom 31. Juli bis zum 6. November von 15 019 auf 9693 zurückgegangen, das ist in kurzen drei Monaten um 5326. Die Nazis scheinen so etwas geahnt zu haben. Es wurden nämlich in Oldenburg am 6. November 969 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich in Berlin ausgestellt waren und die von einem SA-Sturm stammen sollen. Man hat demnach fast tausend anbarwillige Kräfte in die nächste Nähe des Amtsbereichs des nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Röver beordert, um die Blamage zu korrigieren. Rechnet man auch diese Stimmen von den 9693 ab, so hat die NSDAP in Oldenburg in den drei Monaten 6315 Stimmen oder 42 vH verloren. Heißt Hitler!

## Maschine ohne Maschinisten

Der bekannte Journalist Dr. Richard Lewinsohn schildert in der Vossischen Zeitung (Nr. 549) unter obiger Überschrift den brodelnden Kessel Sowjetrußland: „In dem Bestreben“, schreibt er, „den größten Nutzeffekt zu erzielen, haben die Russen von überall her das Modernste und Beste geholt, die vollendetsten Maschinen, die allerneuesten Modelle, die in andern Ländern noch kaum erprobte Verfahren.“ Wie diese modernen Apparate nun unter Hinzutritt der Menschen ihre Bestimmung finden sollen, schildert Lewinsohn folgendermaßen: „Wenn man die immer gleich in die Zehntausende gehenden Arbeiterzahlen in den russischen Industriewerken hört, muß man erst einmal durch zwei oder auch durch drei dividieren, um einen Vergleichsmaßstab mit entsprechenden westlichen Industriebetrieben zu gewinnen. Denn dort, wo im Westen ein Mann an der Maschine steht, sind in Rußland zwei oder drei notwendig. Aber auch damit wird noch nicht immer die gleiche Leistung erzielt. Das hegelianisch-marxistische Wort, daß an einem bestimmten Punkt die Quantität in die Qualität schlägt, gilt für die Industriearbeit nur in beschränktem Maße. Drei Ungelernte können dreimal mehr verdienen, aber nur selten ebensoviel schaffen wie ein gelernter Arbeiter.“

Der Berichterstatter schildert eine für den russischen Industriearbeiter charakteristische Szene: „Ein neuer Schab Arbeiter war gerade vom Lande angekommen und meldete sich zum Antritt in der Fabrik. Typische ostliche Bauern. Sie wurden ins Rad gesteckt, unter der Scheue des Fabrikmeisters fuhren die Räder, dann wurden sie, wie beim Mühen, zur Einkerbung in des Fabrikmeisters gebracht, erhellten Arbeiterblauen, tanzten ihre Füchsmützen gegen Sport-mützen und kamen als perfekte Industrieproletarier auf der anderen Seite heraus. Nur die ungelesenen Bauernfinstern waren noch die gleichen. Wie kann man erwarten, daß diese Menschen schon am nächsten Morgen im Maschinenraum vollwertige Arbeit leisten?“



Exmilitär

# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Fünfundzwanzig Tote liegen in Schlamm und Stacheldraht in blut- und wassergefüllten Trichtern, aufgespießt auf spanischen Reitern, liegen hinter uns zwischen ihren schwarzen Brüdern vom Kongo und ihren weißen aus Paris und der Bretagne. . . In ihre aufgerissenen Augen fällt der Schnee wie eine letzte Liebkosung, ihre armen schmutzigen Hände sind im Wasser und Lehm versunken, schrecklich blecken sie ihre Gebisse in den Himmel, Gott angrinsend. . . tiefer und tiefer werden sie in den Morast versinken, bis die nächsten Granaten wieder mit ihren Knochen und Gliedern zum Totentanz aufheulen. . .

Finselmann fehlt, Minulla verwest, der Leutnant Hagar liegt mit dem Grenadier Kalbfleisch ganz vorn am französischen Drahtverhau in Ruhestellung, aus der sie kein Befehl wieder zum Sturm antreten läßt. . . Der kotverschmierte Kadaver Berberigs fault hinter dem Graben. . . Kein Kreuz wird je ihre Mütter zu ihren zerfetzten und ausgebluteten Leibern führen können. Vielleicht werden wir morgen Bumann zwei Bretter übereinandernageln können. . . vielleicht. . . wenn wir die Stelle wiederfinden. Als wir seinen halben Leichnam verscharrten, sickerte uns das letzte Blut durch die Zeltbahn auf unsere Mäntel. . . an unseren Händen klebt es und alle Meere der Welt können es nicht wieder fortwaschen. . .

Wir weinen nicht, wir fluchen nicht, wir trauern nicht. . . Unsere Gesichter sind nicht zu erkennen, in der aschfahlen Haut zwischen den spitz hervorstehenden Knochen unserer Antlitze liegen die ausgelöschten Augen wie Trübe, mit Schlammwasser gefüllte Granattrichter. . . Manchmal hustet jemand, dann schrecken wir zusammen: diese menschlichen Laute sind uns fremder und unheimlicher als das Heulen der Granaten, die über uns hinwegjaulen von beiden Seiten. . .

Einundzwanzig Tage, die hinter uns liegen, sie lassen uns nicht daran glauben, daß wir noch leben. Niemand spricht, kein Kommando ertönt — wir sind stinkende, zerschlagene, halbverhungerte Hunde, die irgendwo ein Bündel Heu und Lumpen suchen, wo sie sich ausrecken und verrecken können. . .

Wir keuchen unter unseren Affen, Gewehren und Stahlhelmen, tief gebückt und mit schlurfenden Schritten. . . Hier und dort hockt eine graue, zerfallene Gestalt etwas abseits an einem zersplitterten Baumstumpf und spritzt Blut und Schleim von sich. Manchmal fällt auch einer um und bleibt liegen, windet sich in furchtbaren Schmerzen, aber er hat nicht einmal mehr die Kraft zu schreien: Zungen und Stimmbänder sind uns im Feuer der Granaten und Maschinengewehre und Handgranaten gelähmt.

Sie schleppen sich wieder von dem Ort ihrer Notdurft fort. Sie rissen sich wieder empor, jetzt suchen sie ihre Löcher, niemand stützt sie, niemand sieht sie mit einem mitleidigen Blick an, und wenn sie am Wege kriechen würden — wir wüßten nicht einmal ihre Namen. . . und sind doch erst vor einigen Wochen noch mit ihnen aus Berlin marschiert. . .

Einundzwanzig Tage haben uns zugeschüttet: wir haben geschrien wie Vieh, das in Ställen brennt; wir schossen und gruben, bleich in Entsetzen und Hunger, ohne Hoffnung auf Rettung. . .

Jetzt sollen wir in Ruhe kommen, wir sind gerettet: aber wir glauben es nicht, daß es noch einen Flecken auf der Erde gibt, wo keine Leichen liegen, wo es nicht nach Kot, Pulverqualm und Leichen stinkt, wo keine Drahtverhaue und keine krachenden Granaten unsere Leiber zerreißen wollen. . .

Nach einundzwanzig Tagen gerettet? Nein, uns gilt diese Rettung nicht: sie gilt nur unseren zerrissenen Uniformen, unserer zerquetschten und lehrerstarten Ausrüstung, unseren verrosteten Gewehren. . . Könnte man unsere nackten Leiber in den Gräben liegen lassen, man würde es hohnlachend tun; aber wir selbst müssen mit erstarrten Händen unser Mordrüstzeug wieder bereit machen, deshalb läßt man auch unsere Körper mit nach hinten. . . Nach zehn Tagen müssen wir uns neu gerüstet haben, bereit zu neuem Mord und neuem Sterben. . .

Jeder kennt nur sich, fühlt nur dumpf seine Qual, und sein furchtbares Leiden begleitet ihn Tag und Nacht. . .

Als wir die grauenhaft aufregenden Stümpfe des Waldes nordwestlich Epoye hinter uns haben, stolpern und taumeln wir nach dreieinhalbstündigem Marsch unter Schmerzen und Qualen stumpftierend — eine schweigende Totenkolonne — in das hinter einem niedrigen Höhenzug liegende Dorf. . . der Rest einer Kompanie, die vor Reims lag. . .

Am zweiten Tage unserer „Ruhe“ stirbt Meisel, der Thüringer, der Kamerad, der immer die Sehnsucht mit sich herumtrug, nach Hause, zu seiner Mutter zu kommen, um ihr bei der Landarbeit zu helfen. . . Die Kameraden seiner Gruppe sagen, er sei seit dem ersten Tage des Einrückens in die Gräben stumm gewesen. Er habe bei jeder möglichen Gelegenheit nur nach Hause geschrieben, so stumme Zwiesprache mit dem einzigen Menschen, den er noch liebte, haltend. . . Nicht ein Brief ist angekommen, denn sie liegen sämtlich um ihn verstreut. Er hat sie im Todeskampf aus der Rocktasche gerissen und sie mit glasigen Augen betrachtet. Von der Stellung aus kam keine Post nach hinten, hier wollte er sie abschieken. . . Wir wagen nicht, die verwachsenen Zettel mit den unbeholfenen Schriftzeichen fortzuschicken und packen ihm die Briefe in den Sandsack, der seine Habseligkeiten enthält. Vielleicht kommt dieser nach hinten, dann wird seine einsame Mutter die letzten Worte auf den verschmierten Zetteln lesen können. . .

Meisel ist das zweite Opfer der mörderischen Ruhr unter uns. . . Von den älteren Leuten, die schon länger an der Front sind, wurden gestern schon vier Mann an der Kirchhofsmauer begraben. . . Eine Schipperkolonne hat am Ausgang des Dorfes eine große Kuhle gegraben: dahinein wurden die verseuchten Uniformstücke der Gestorbenen geworfen, hingeschafft auf einem kleinen Leiterwagen, der umgekippt wurde, denn niemand konnte die faulenden Lumpen anfassen. Wir wundern uns, daß man die Leichen nicht in dasselbe Loch schmißt. . .

Wir liegen mit drei Gruppen in einer kleinen Scheune neben einer alten Schule. In einem kleinen Raum neben der Scheune haben wir einen englischen Kanonofen, den die Kameraden, die uns ablösen, hiergelassen haben, gestellt. Wir haben den Schweinestall zerschlagen und werfen das Holz ins Feuer. Auf dem Ofen steht ein großer Topf, darin kochen wir unsere Klamotten; denn wir hofften vergebens, neue Wäsche und Uniformen zu bekommen. Und übermorgen soll Appell sein. Halbnackt stehen wir in dem überheizten Raum, alle Luftzugänge sind verschlossen, denn draußen ist es bitterkalt und es schneit. Wir reiben verzweifelt an den Lumpen mit Sand und Bürsten herum, es stinkt entsetzlich. Seife wird nicht geliefert. Ich denke plötzlich mit Sehnsucht an die Badeanstalt in Berlin. Ach, wir könnten auch wieder ein Bad gebrauchen, aber daran ist wohl nie mehr zu denken.

Ich fühle mich elend zum Sterben, lege mich lang auf die Bank und will gerade in den Traum eines Schwächeanfalls hinübergleiten. Da klopfen sie draußen an die Tür — es ist die nächste Gruppe, die uns zur Eile mahnt. „Raus, ihr krummen Hunde!“, höre ich die fluchende Stimme des Magdeburgers, kurz darauf knallt es wieder gegen die Tür. . .

Im Hinausgehen tritt mir Kilb entgegen. Ich sehe ihn seit unserem seltsamen Gespräch im Graben zum ersten Male

wieder. Wie frisches, stärkendes Blut fließt seine Stimme in mich hinein: „nTag, Hamburger,“ sagt er und lächelt sogar etwas, „na, Kamerad, hast die Schweinerei noch mal überstanden. . .“ — Die anderen seiner Gruppe sind schon drin, er spricht jetzt hastig, denn sie werden gleich die Tür schließen: „Wenn du Bossin noch mal sehen willst. . . er liegt in der Schule. . . gleich wird er abgeholt. . . kommt nach Haus. . .“ Er drückt mir nochmals die Hand, verschwindet dann. Ich renne in die Schule hinein. . .

Auf einer Bahre, eingehüllt in Decken, mit kalkweißem Gesicht, in dem die Augen eingefallen und geschlossen sind, liegt wie ein Toter Hermann Bossin. Adamczik kniet neben ihm und reibt ihm die kalten Hände. Kohlhaben hat heißen Wein aufgetrieben und versucht, Bossin etwas davon zu geben. Er setzt ihm den heißen Becher an die Lippen, da öffnet Bossin die Augen und sieht sich mit stumpfem Blick um. Matt winkt er mir mit einer Hand zu. Er flüstert, ich muß meinen Kopf dicht heranhalten: „Ich — ich — hab' jesehn, wie Kalb. . . Kalbfleisch. . . det. . . Blut. . .“, er schüttelt sich, richtet sich etwas auf und sinkt sofort erschöpft wieder zurück, „aus'm Hals. . . Jesprungun ist. . . prrr. . . det. . . det. . . war ja. . . entsetzlich. . .“ Er schließt die Augen, in seinem Gesicht erstarren die Bilder des Sturmes, die er nicht vergessen kann.

(Wird fortgesetzt.)

## Die Ehescheidung

Von Josef Weinheber

Sie war also Tatsache geworden, die Scheidung. Endlich! Das heißt, das Bezirksgericht hatte gegen zehn Schilling Kosten und einen Schilling Stempel die Trennung der materiellen und erotischen Gemeinschaft der beiden einander Überdrüssigen offiziell zur Kenntnis genommen und rechtlich anerkannt.

Sonst hatte sich freilich an der Lage nichts geändert. Die Wohnung blieb, so wie sie war: Zimmer und Küche. Sein lausiges Monatsgehalt blieb gleichfalls dasselbe. Nur daß er jetzt gesetzlich verpflichtet war, der Frau hiervon achtzig Schilling im Monat für ihren Unterhalt zu geben. Die amtlichen Abzüge und die privaten Ratenquoten, die den Verdienst so verringerten und das Leben so eng machten, sie blieben gleichfalls dieselben.

Karl dachte mit Verbitterung daran. Er hatte Lina vorausgehen lassen, allein — es bestand ja keine Verpflichtung mehr für ihn — und schritt, durchaus nicht erleichtert oder befreit, mit seinen kummervollen Gedanken die Stufen des Gerichtsgebäudes hinab.

Ob sie wohl zu ihrer Mutter nach Hause gegangen war? Eigentlich konnte er ihr die Wohnung jetzt verbieten, sie gehörte ja ihm, war auf ihn geschrieben, und er zahlte die Miete, ganz aus seinem. Und wegen des Essens? Ach, er war ja als Lediger auch nicht verhungert. Mittags wird er in der Werkküche essen und abends kauft er sich ein Stück Butter und Brot. Die elf Schilling Kosten hätten ihm gut getan jetzt. Er wird sich im Betrieb eine Kleinigkeit ausborgen müssen. Denn er kann ihr doch nicht gut den Rest des Wirtschaftsgeldes abnehmen, das er ihr am Ersten gegeben hat.

Langsam ging Karl — er hatte sich den Tag als Urlaubstag freigemacht — der Wohnung zu. Als er den Schlüssel im Schloß drehte, bekam er Herzklopfen. Lina war also noch nicht da — war wohl zur Mutter gegangen. Blich hoffentlich bei der Mutter. Ah! Er warf seinen Hut auf den Sessel und streckte sich auf dem alten Dekorationsdiwan aus — ah, jetzt war man freilich! Es wird kein Gezänke mehr geben, keine Auftritte, keine bösen Stunden voll Trotz und Tränen. Vorüber. Erlöst.

Lina kam mit rotgeweiteten Augen zu ihrer Mutter: Sie könne jetzt natürlich nicht mehr zurück. Die Mutter wisse doch, daß die Wohnung ihm gehöre. Sie lasse sich nicht noch am Ende hinauswerfen.

„Mein liebes Kind,“ sagte die Mutter, „ich kann dir nicht helfen. Du mußt dich eben einrichten. In der Kammer schlafen ich und der Franz, das Zimmer haben die Nowotny. Ich kann doch die Nowotny nicht hinauswerfen.“

Der Franz, das war der Lebensgefährte. Die Mutter konnte, Witwe eines Staatsmonteurs, sich nicht wiederverheiraten, ohne ihre Pension zu verlieren. Da war nichts zu machen. Lina schluckte und sagte mit aufkeimendem Haß: „Aber gehetzt hast du, wie?“ — Sie ging kreuz und quer durch ein paar Gassen, ehe sie sich endlich in die Wohnung wagte.

Karl hörte die Tür gehen: Sie kam also doch nach Hause? Er setzte sich auf dem Diwan auf. Was wird sie jetzt tun? — Lina sah den Gatten durch die halb offene Tür auf dem Diwan sitzen, zuckte zusammen und machte sich sofort in der Küchenkreidung zu schaffen. Er hörte mit gemischten Gefühlen das Klappern der Teller und Schalen.

Wird sie für mich kochen? Der Duft einer Eierspeise drang ins Zimmer. Karl war hungrig. Ihm rann das Wasser im Munde zusammen. Lina richtete sich stumm das Essen auf dem Küchentisch zurecht. Nur einen Teller! Sie will also zeigen, daß sie sich um ihn nicht mehr kümmert. Auch gut!

Karl schlüpfte in seinen Rock, stieß ostentativ an Betten und Kasten an, die gehörten ja ihm, ging mit starrem Gesicht an der essenden Frau vorbei zur Brotbüchse, schnitt sich eine so große Lage Brot herunter, als eben noch in der Rocktasche Platz hatte, und verließ die Tür zuschmetternd, die Wohnung.

Im Park aß er sein Brot. Mittags die eine Hälfte, abends die zweite, von welcher er sich ein Viertelkilogramm Obst hinzukaufte. Von den letzten Groschen, die sich im Beutel noch vorfanden. Bittere Gedanken allein würzten die Mahlzeit. Müde und traurig schlich er sich abends nach Hause. Er hoffte insgeheim, daß die Frau schon schlafe. Aber Lina schlief durchaus nicht. Sie saß in der Küche, die Radiohörer umgeschallt. Wo das Wasserbankerl und die Kohlenkiste gestanden waren, stand jetzt eines der Ehebetten, das Küchenstockerl war zu Haupten des Bettes gestellt, um voraussichtlich als Nachtkästchen zu dienen. Karl war wütend über die Umstellung. „Was erlaubst du dir?“ herrschte er die Frau an, ohne zu grüßen, obwohl es ihm peinlich war, wie ein Büffel in die Wohnung zu treten.

Lina legte langsam die Hörer hin und sagte starren Gesichtes: „Wir sind von Tisch und Bett geschieden. Was soll ich tun? Laß mich in Ruh!“ Und ihre Stimme begann wie unter heraufsteigenden Tränen zu schwanken.

„Geh zu deiner Mutter!“ sagte Karl bitter. — „Ich war doch dort. Sie kann mich nicht nehmen.“ Und schon brachen Tränen hervor.

Mit einer linkischen Wendung drehte Karl sich an dem Bett vorbei, ohne etwas zu erwidern. Neben seinem Bett, an Stelle des zweiten, standen Wasserbankerl und Kohlenkiste. Er ließ sich mit einem tiefen Seufzer in die Polster fallen.

Was für ein Leben! Er, der Ordnung so liebt, der es so gern schön wohnen hat, er soll sich jetzt hier einrichten wie ein

Zigeuner. Denn das hier ist keine Wohnung mehr, das ist nur noch ein Biwak, ein Nomadenlager.

Er wälzte sich in seinem Bett, als ob es ein fremdes gewesen wäre. Die Tür zwischen Zimmer und Küche war wohl geschlossen, wie denn anders, aber er glaubte, Schluchzen zu hören, Seufzen, Töne mächtigen Kummers, gegen die sein Herz nicht gewappnet war. Mehrere Male setzte er sich auf, um zu hören. Nichts. Oder doch? Es war unerträglich.

Erst gegen Morgen verfiel Karl in erschöpften Schlaf, nachdem er sich hundertmal in dieser Nacht vorgenommen hatte, sofort auf Zimmersuche zu gehen. Denn lieber wollte er alles liegen und stehen lassen, als noch eine solche Nacht verbringen. Mit fest verpreßten Lippen, um nur ja nicht sich überumpeln zu lassen zum Reden in seinem Elend, ging er an der Frau vorbei, ohne Frühstück, ohne Gruß. Er hatte gezittert vor ihrem trotzigen Blick, ihren rotgeweiteten Augen. Ob sie wohl geschlafen hatte?

Im Betrieb lieb er sich Geld aus. Allzuviel bekam er nicht. Wer gibt denn heute Geld? Es mochte gerade reichen, sich die restlichen Tage bis zum Monatsersten durchzuschlagen. Und dabei war es ihm erst bei dem fünften Kollegen gelungen, überhaupt etwas zu bekommen. Noch nie hatte die wässrige Werkküche einen so dankbaren Gast gehabt. Karl aß nach dem gestrigen Fasttag mit wahren Heißhunger. Nach Betriebschluß ging er auf Zimmersuche.

O diese Zimmervermieterinnen! Was für eine merkwürdige Klasse! Man verlangte einen eigenen Zuschuß für Licht, fürs Zimmerräumen, und noch für dies separat und für jenes separat — die Zimmer oder Kammern waren dürftig möbliert, mit den Fenstern auf Gänge oder Hinterhöfe hinaus, und der ganze Komfort verschwendete sich in dem reichlichen Behang der Wände.

Dies alles war ebenso schrecklich wie zu Hause zu bleiben. Es war vielleicht noch schrecklicher: es kam ihm vor wie die gänzliche, allerletzte Heimatlosigkeit. Und dann: alle verlangten sie zwanzig, dreißig Schilling oder überhaupt eine Monatsmiete voraus. Er aber durfte sich keineswegs entblößen, wenn er nicht womöglich den Rest des Monats hungern wollte. Er hatte es heute erlebt, wie schwer es war, von irgendwem Geld zu bekommen. Betreten murmelte er: „Das muß ich mir noch überlegen.“ Und er floh, abgerackert, zerschlagen, hoffnungslos und dem Weinen nahe, zurück in seine Wohnung.

Es gab keinen andern Weg. Wenigstens vorläufig nicht. Er mußte versuchen, sich hier einzurichten, so gut es ging, sich der Sachlage anzupassen. — „Ich rede einfach nichts mit ihr. Sie ist Luft für mich. Ich sehe sie nicht an“, sagte er sich störrisch vor. — Aber das Herz konnte nicht recht mit. Ein, zwei Tage ging es so zur Not. Dann zog es ihn unwillkürlich, zu sehen, was sie tat, zu kombinieren, was sie in seiner Abwesenheit getan hatte. Nachzudenken.

Ja, nachzudenken! Diese kleine Hölle, die er da mitmachte, dieses Fegefeuer zwang dazu. Wie ist denn das alles eigentlich so weit gekommen? Sind sie einander wirklich so überdrüssig? Nein, gewiß nicht. Wohl — die Sorgen quälen und machen einen manchmal bitter und aufbrausend. Aber haben nicht andere größere Sorgen und leben miteinander in Frieden? Hat er nicht wenigstens ein Dach über dem Kopf und seinen Verdienst? Da ist freilich die Mutter. Die tut, als ob Lina auf einen Prinzen Anspruch hätte. Nichts ist gut genug, alles ist zu wenig. Warum gab es immer Krach, wenn Lina von der Mutter kam? Und jetzt? Jetzt nimmt sie sie nicht? Wie ist denn das? Natürlich ist sie arm, die Lina, aber sie hätte zu ihm halten sollen. Jetzt ist es zu spät. Und er wird sich nicht überumpeln lassen. Was hätte denn das für einen Sinn? Nein, er muß ihr zeigen, daß es Schluß ist. . .

So dachte er. Quälte sich um Haltung. Aber das Elend täglichen Zwanges eines so nahen Beisammenseins durchlöcherte immer wieder den trotzigsten Willen. Er sah die Frau in gleichem Trotz, in feindseliger Stummheit sich an die Wand drücken, wenn er nach Hause kam. Er sah kein Lächeln, hörte kein menschliches Wort. Kaum wagte die Seele zu atmen in dieser bitternisgeschwängerten, giftigen Luft. Er ertappte sich darüber, wie er, fast schon seinem Herzen nachgebend, auf sie zu wollte, ihr ein Wort sagen, ihr mit der Hand übers Haar fahren. Dann riß er sich mit doppelter Kraft zusammen, obwohl er sah, wie sehr auch sie litt.

Es war unerträglich. Es konnte so nicht bleiben. Karl sah ein Unglück voraus, wenn es nicht zu einer völligen Lösung käme. Er mußte mit Lina sprechen. So schwer das war nach diesen Tagen stummen und gehässigen Nebeneinanders, deren jeder neue die Kluft vertiefte, es mußte sein. Er mußte sie irgendwie zwingen, aus dem Hause zu gehen oder sonst etwas. Aber er verschob die Entscheidung von einem Tag zum andern. Aus Mitleid, wie er meinte, in Wahrheit aus völliger Hilflosigkeit. So kam der Geldtag. Bis hierher hatte sich die Entscheidung verschieben lassen. Nun aber war der vereinbarte Unterhaltsbeitrag an Lina fällig. Da mußte wohl gesprochen werden. Beide wußten es. Beide zitterten sie vor dem Augenblick. Karl kaufte auf dem Heimweg Aufschnitt, eine bessere Sorte Zigaretten. Er wollte sich, nach all dem Jammer der letzten Zeit, einen guten Tag machen. Und Lina sollte es nur sehen. Sie sollte sehen, wie er es sich gut gehen ließ. Er wird ihr die achtzig Schilling — sauer genug für ihn — hinwerfen. So. „Und jetzt möchte ich dich endlich ersuchen, aus meiner Wohnung zu gehen. Und das Wasserbankerl und die Kohlenkiste müssen vorher wieder in die Küche, verstehst du?“

Das Herz klopfte ihm heftig, als er an die Klinke faßte. Langsam tat er die Tür auf. Da stand Lina, mitten in der Küche, bleich, mit gespannter Miene. Er spürte den Duft des hübschen, frischen Waschkleides, das sie trug. Das Nickel- und Messinggeschirr auf der Stellage blitzte. Er mußte jetzt wohl sofort beginnen. Es war entsetzlich schwer. Er konnte sie doch um Gottes willen nicht ohne Gruß anreden. „Grüß dich“, sagte er heiser. Sie nickte nur und half ihm in ihrer Verlegenheit, seine Pakete ablegen. — Laß das nur, wollte er sagen. Aber er brachte es nicht zuwege. Er sagte stattdessen in einem seltsam wankenden Ton: „Hab' ich mir mitgebracht, damit ich wieder einmal ordentlich. . .“, er unterbrach sich und schloß dann unvermittelt: „Es ist so ein Jammer.“

Jetzt sah Lina ihm voll ins Gesicht, und sogleich stürzten ihre Tränen hervor. „Ich war. . . ja längst. . . gegangen, aber wohin, wohin denn?“

„Zu deiner Mutter“, sagte er mit großer Anstrengung. „Sie will. . . nichts von mir wissen. . . jetzt. . . und ich, ich will auch nichts mehr wissen. . . ich geh nicht mehr hin. . . ich. . .“ Der Schmerz erschütterte ihren ganzen schlanken Körper: „Ich bin so unglücklich.“

Es stieg ihm in die Kehle. Er machte einen Schritt auf sie zu. Aber er bezwang sich und sagte: „Willst du nicht jetzt dein Geld nehmen? Da!“ — Sie sah ihn unter Tränen an: „Und. . . und in deiner Wohnung bleiben? Nein. . . o nein. . . Glaubst du, ich seh' nicht, wie du leidest?“

Er vergaß seinen Trotz. Machte einen großen Schritt auf sie zu: „Und du? Und du?“ — „Ich“, schluchzte sie, „ich kann es nicht mehr ertragen.“

Er brauchte nur einen halben Schritt zu tun. Er tat ihn. So fielen sie einander in die Arme. . .

Als sie wieder sprechen konnte, hob sie den Kopf zu ihm auf und, rührend in ihrer Zerkwirschung, sagte sie leise: „Verzeih!“ Und er bog seinen trotzigen Schädel zu ihr herab und wiederholte ihre Worte: „Verzeih!“ „Und jetzt“, er löste sich aus ihrer Umarmung, „jetzt deck drinnen den Tisch. Ich rück' einstweilen dein Bett hinein. Und das Wasserbankerl und die Kohlenkiste kommen wieder dorthin, wo sie hingehören.“

Er hatte recht. Es war die beste Lösung so. Und vielleicht die einzige: denn die Scheidung von Tisch und Bett ist eine Institution für Leute, die zumindest über eine Zweizimmerwohnung verfügen. (Aus der Wiener Arbeiter-Zeitung.)



# Verbandsleben



## Schlußbericht der Kupferschmiede

Infolge der Vereinigung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband erstreckt sich der letzte Geschäftsbericht nur über das erste Halbjahr 1932. In dieser Zeit haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im Kupferschmiedegewerbe noch weiter verschlechtert. In den Kupferschmiedereien, den Apparatebauanstalten, den Maschinenfabriken, den Seeschiffwerften sowie in der Heizungsindustrie und in allen anderen Industriezweigen, wo Kupferschmiede beschäftigt werden, ist die geringe Zahl der Beschäftigten noch weiter zusammengeschrunft. So zählte der Verband am Schlusse des 2. Quartals 1932 einschließlich der Lehrlinge nur 23,6 vH Vollbeschäftigte und 9,5 vH Kurzarbeiter. Das ist ein Tiefstand, wie er seit Bestehen des Verbandes noch nicht zu verzeichnen war.

Doch die Auswirkung dieses Tiefstandes für die Mitglieder ist erst zu ermessen, wenn die jahrelange Dauer der Arbeitslosigkeit und die Aussichtslosigkeit auf eine Besserung in absehbarer Zeit berücksichtigt wird; denn noch sind sichere Anzeichen einer Besserung nicht vorhanden. Auch die zur Belebung der Wirtschaft erlassenen Notverordnungen vom September 1932 werden daran nichts ändern. Mit Steuernachlässen und Prämien auf der einen Seite und mit Lohnsenkungen auf der anderen kann die Wirtschaft nicht angekurbt werden. Dazu ist eine Steigerung der Massenkauftkraft und des Warenverbrauchs notwendig. Dieses Einmaleins der Volkswirtschaft ist auch den Regierungsmännern bekannt; sie wollen aber nichts davon wissen. Deshalb sind die Aussichten für die nächste Zeit als trostlos zu bezeichnen.

Der Verband der Kupferschmiede zählte 1931 im Jahresdurchschnitt 45,8 vH Arbeitslose und 9,2 vH Kurzarbeiter, und 1932 im Durchschnitt der ersten sechs Monate 60,9 vH Arbeitslose und 10 vH Kurzarbeiter. Von 100 Mitgliedern waren

|                       | arbeitslos | Kurzarbeiter | Zusammen |
|-----------------------|------------|--------------|----------|
| Januar 1932 . . . . . | 59,0       | 11,4         | 70,4     |
| Juni 1932 . . . . .   | 61,7       | 9,5          | 71,2     |

Der wirtschaftliche Niedergang hat auch die Mitgliederbewegung ungünstig beeinflusst. Zu Beginn des Geschäftsjahres zählte der Verband 5763 Mitglieder, darunter 293 Lehrlinge. An Neu- und Wiedereintritten wurden in beiden Quartalen 35, an Übertritten 2 gezählt, so daß ein Zugang von 37 Mitgliedern zu verzeichnen war. Demgegenüber steht ein Abgang von 1005 Mitgliedern. Davon sind ausgetreten 140, wegen rückständiger Beiträge gestrichen oder ausgeschlossen 830 und 35 Kollegen starben. Somit zählte der Verband am Schluß des 2. Quartals 4795 Mitglieder einschließlich 200 Lehrlinge. Von diesen Mitgliedern sind bis Ende September 4791 zum DMV übergetreten. Dazu kamen noch einige Nachzügler, so daß die Vereinigung vollständig durchgeführt worden ist. Diese Tatsache ist ein Beweis für den guten Organisationsgeist der Kupferschmiede.

Die Lohnbewegungen der Kupferschmiede standen anfangs des Jahres noch sehr stark unter dem Druck der Vierten Notverordnung. Auf Grund dieser Verordnung trat mit dem 1. Januar 1932 eine durchschnittliche Lohnsenkung von 12,4 Pf. die Stunde ein. In der folgenden Zeit wurden die Löhne um weitere 4,6 Pf. gekürzt, so daß der Durchschnittslohn am Schluß des 2. Quartals 106,5 Pf. betrug.

Von den Lohnkämpfen sind hervorzuheben der erfolgreiche achtwöchige Streik in den Berliner Kupferschmiedereien und die Aussperrung in Vegesack, die nach dreiwöchiger Dauer ebenfalls erfolgreich endete. Außerdem waren noch einige Kollegen an den Kämpfen anderer Verbände beteiligt. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Bewegungen und der beteiligten Personen bedeutend zurückgegangen, eine Folge der verminderten Beschäftigung und der kürzeren Berichtszeit. Insgesamt fanden 27 Bewegungen mit 829 Beschäftigten statt, von denen 25 ohne Arbeitseinstellung und 2 mit Arbeitseinstellung durchgeführt wurden. Die Ursachen der Bewegungen waren in allen Fällen Forderungen der Unternehmer auf Lohnkürzungen. Von diesen Forderungen wurde für 557 Personen eine wöchentliche Lohnsenkung von 1590 M abgewehrt, während für 327 Personen eine wöchentliche Lohnkürzung von 1012 M eintrat. Im übrigen sind die einzelnen Lohnänderungen aus der nachstehenden Gegenüberstellung der Löhne ersichtlich:

|  | Ende 1931 | ab 1. 1. 32 | am 25. 6. 32 |
|--|-----------|-------------|--------------|
|  | Pf.       | Pf.         | Pf.          |
| Berlin . . . . .                                 | 134       | 119         | 108          |
| Braunschweig . . . . .                           | 130       | 110         | 110          |
| Breslau . . . . .                                | 112       | 100         | 100          |
| Cheunitz, Annaberg . . . . .                     | 125       | 112         | 98           |
| Dessau . . . . .                                 | 112       | 95          | —            |
| Dresden, Freiberg, Riesa . . . . .               | 125       | 112         | 107          |
| Düren . . . . .                                  | 114       | 103         | 103          |
| Gera . . . . .                                   | 116       | 99          | 99           |
| Güstrow . . . . .                                | 102       | 92          | —            |
| Hamburg . . . . .                                | 128       | 117         | 117          |
| Hannover . . . . .                               | 127       | 115         | —            |
| Harburg, Wilhelmsburg . . . . .                  | 142       | 128         | 128          |
| Kiel . . . . .                                   | 124       | 105         | 105          |
| Königsberg . . . . .                             | 115       | 98          | —            |
| Leipzig . . . . .                                | 137       | 126         | 126          |
| Lübeck . . . . .                                 | 123       | 111         | 111          |
| München . . . . .                                | 140       | 125         | 104          |
| Neumünster . . . . .                             | 117       | 105         | —            |
| Prenzlau . . . . .                               | 105       | —           | —            |
| Stettin . . . . .                                | 108       | 98          | —            |
| Wurzen . . . . .                                 | 117       | 110         | —            |
| Zittau . . . . .                                 | 104       | 104         | —            |
| Zwickau, Planen, Reichenbach . . . . .           | 125       | 112,5       | 102          |
| Baden, Platz . . . . .                           | 117       | 105         | —            |
| Niederlausitz, Ostkl. I . . . . .                | 100       | 94          | 81           |
| Rheinland u. Rhenanienbezirk Arnshagen . . . . . | 116       | 105         | 105          |

Unter dem Druck der Krise konnte auch die Finanzlage des Kupferschmiedeverbandes mit all den Sparmaßnahmen nicht gefestigt werden. Der Rückgang ist eine Folge der gesteigerten Arbeitslosigkeit und der verhältnismäßig hohen Inanspruchnahme der Unterstützungen. So ist der veranschlagte Betrag von den Verbandsbeiträgen allein für Unterstützungen an die Mitglieder ausgegeben worden. Alle weiteren Ausgaben mußten aus dem Vermögen bestritten werden.

Am Schluß des Jahres 1931 war ein Vermögensbestand von 166 414 M vorhanden; davon 139 106 M in der Hauptkasse und 27 308 M in den Lokalkassen. Die Einnahmen an Eintrittsgeldern, Verbandsbeiträgen, Lokal- und Extrabeiträgen sowie die sonstigen Einnahmen betragen insgesamt 94 649 M. Demgegenüber belief sich die Gesamtausgaben auf 139 485 M. Es wurden ausbezahlt für Reiseunterstützung 1108 M, Arbeitslosenunterstützung 31 362 M, Krankenunterstützung 5393 M, Invalidenunterstützung 26 748 M, Beihilfe in Sterbefällen 4025 M, sonstige Unterstützungen 2212 M; für Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung 4164 M, für Streik- und Gemeindegeldunterstützung

2916 M, Verbandsorgan 2927 M, Generalversammlung 3844 M, für Agitation, Kartellbeiträge und anderes 25 386 M. Die Verwaltungskosten betragen in der Hauptverwaltung 13 221 M und in den Ortsverwaltungen 15 979 M. Somit war am 25. Juni 1932 in den Ortskassen ein Vermögensbestand von 14 350 M und in der Hauptkasse ein solcher von 107 228 M vorhanden. Diese Vermögensbestände sind dem DMV nach der Vereinigung übergeben worden.

Mit diesem Schlußbericht gehört der Verband der Kupferschmiede der Vergangenheit an. Er hat in den 47 Jahren seines Bestehens zwar schwer zu kämpfen gehabt, aber er hat trotz aller Schwierigkeiten einen guten Abschluß gefunden. Vor allem ist ihm seine Kampfkraft und der gute Organisationsgeist seiner Mitglieder bis zur letzten Stunde erhalten geblieben. Davon zeugt auch der geschlossene Übertritt. Von einem solchen Geist beseelt, trauern die Kupferschmiede dem alten Verband nicht nach, sie wenden sich vielmehr dem gemeinsamen Ziele zu und werden sich im Deutschen Metallarbeiter-Verband ebenso als gute Gewerkschaftskollegen erweisen.

## Weißt du es?

In Weimar war es. 20 Jugendfunktionäre aus den verschiedenen Organisationen hatten sich da zusammengefunden. Arbeitslos waren wir alle bis auf einen — der sich noch glücklich Stift nennen konnte.

Acht Tage haben wir dort verbracht, herrliche acht Tage. Der Stempelstelle waren wir entronnen. Menschen waren wir. Wie schön kann die Welt sein. Acht Tage essen, trinken, leben. Acht Tage ohne knurrenden Magen, ohne die drecklige Sorge um Mammon.

An der Mittagstafel war es. Der Ruf nach Grünfütter war verstummt. Selbst die Berliner begannen ihr Mundwerkzeug zu vergessen. Da platzte einer heraus: Habt ihr euch eigentlich schon einmal überlegt, was für uns die Gewerkschaft, unsere Jugendgruppe war?

Schweigen folgte. Bald darauf klingt eine Stimme hinein in unser Nachdenken. Wir wußten, von wem sie kam, aber der Ton war so ganz anders. So ganz, als wollte diese Stimme uns nicht stören, als spräche der dort zu sich selbst.

Ja — ich weiß das. Drei Jahre habe ich Tischler gelernt, gelernt mit Lust und Liebe. Etwas über zwei Jahre trage ich nun die Stempelkarte mit mir. Geselle bin ich und habe noch nie als Geselle gearbeitet. Kennt ihr die Großstadt — kennt ihr Berlin? Egal — aber ihr kennt das Gefühl: Geselle ohne Arbeit. Ja — in der Großstadt ist das noch tiefer. Man braucht Halt — sonst rutscht man.

Die ersten Jahre meiner Lehrzeit. Ich wußte von der Jugendgruppe — mein Vater ist selbst Tischler — aber hingegangen bin ich nicht. Was, gewerkschaftliche Jugend — Quatsch. Heute bin ich froh, daß mich mein Weg im dritten Lehrjahre dorthin geführt hat. Als ich flog vor Anbruch meines ersten Gesellentages, da begann die Erkenntnis unserer gewerkschaftlichen Arbeit in mir zu dämmern. Es ist nicht viel, was dabei für mich spricht. Aber ich hoffe, daß es mir in den nächsten fünf oder z-hn Jahren möglich ist, unserer Bewegung das wieder zurückzugeben, was sie mir in dieser Zeit gab.

Erzähle weiter. — Es ist nicht viel, was ich noch dazu zu sagen habe. Zehn Wochen holte ich mir meine Arbeitslosenunterstützung vom Verband. Weihnachten 1931 bekam ich eine Sonderunterstützung. Ihr kennt das — Weihnachten, arbeitslos, ausgesteuert und 18 Jahre alt. Reden wir nicht davon. Ich wußte, daß es Solidarität gibt.

Ja, und mit unserer Jugendarbeit — was soll ich nach Worten suchen. Seit meiner Arbeitslosigkeit habe ich ihren Sinn begriffen. Sie war mir seither der einzige Halt. Manchmal habe ich mich schon gefragt: Wo wärest du, wenn du die Gruppe nicht gehabt hättest? Verzweifelt, auf die schiefe Bahn geraten — wer weiß es. Das war mir unsere Jugendarbeit und darum stehe ich heute als Funktionär mitten drin.

Bilder von Jugendnot, von Jugend hinter Gefängnismauern verloben sich mit den schlichten Worten. In inniger Gemeinschaft haben wir die letzten Tage verbracht. Ja — wir wissen vom Wert unserer Jugendarbeit. Hambes.

## Empörung über den Rundfunk

Aus Striegau wird uns geschrieben: Als wir den Aufsatz in der Metallarbeiter-Zeitung vom 12. November: Empörung über den Rundfunk gelesen hatten, entspann sich in unserem Betrieb eine Aussprache, an der fast alle Beschäftigten teilnahmen. Es hat sich nämlich bei uns eingebürgert, daß wir nahezu täglich die Leistungen des Rundfunks (statt des R am Wortanfang steht ein anderer zusammengesetzter Buchstabe, Schriftleitung) besprechen. Wenn die Leiter des Rundfunks da manchmal zuhören könnten, würden sie erstauut sein, wieviel Titel sie bekommen, die aus dem Tierreich stammen. Jedenfalls sind wir uns darüber einig, daß das, was der Rundfunk heute bietet, an Albernheit, Geisteslosigkeit und an Rücksichtslosigkeit gegenüber der arbeitenden Masse nicht mehr zu überbieten ist. Wir Schlesier sind davon wohl am meisten betroffen, denn auf einer so niedrigen Stufe wie das Programm der Schlesischen Funkstunde steht wohl kein anderer Sender. (Der Schreiber kennt offenbar den Berliner Rundfunk nicht. Schriftleitung.)

Nach der Kritik des Vortrags eines ungewissen Lic. Möring am 14. Nov. im Schlesischen Rundfunk fährt unser Mitarbeiter fort: Angesichts alles dessen, was sich der Rundfunk seit längerer Zeit leistet, sind wir enttäuscht, daß von einem Boykott des Rundfunks abgesehen werden soll, zumal wir bereits den Voratz gefaßt hatten, uns an den ADGB zwecks einheitlicher Durchführung von Gegenmaßnahmen zu wenden. Wir sind sicher, daß Hunderttausende der Anforderung, den Rundfunk abzumelden, bereitwillig Folge leisten würden.

Es wird am Schluß des erwähnten Aufsatzes in der MZ aufgefodert, sich mit Beschwerden an die Funkleitungen zu wenden. Daß damit nichts erreicht wird, lehrt unsre Erfahrung. Es ist also ganz klar, daß mit papiernen Protesten nichts erreicht wird. — Wir wünschen daher, daß sich unsere Organisationen dazu entschließen, den von allen Seiten geforderten schärfsten Kampf anzufangen. M. G.

## Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben  
an Unorganisierte und Gleichgültige.  
Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 27. November, ist der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. November bis 3. Dezember 1932 fällig.

Dieses Jahr wird wieder der 53. Wochenbeitrag fällig. Im Monat Dezember 1932 sind deshalb 5 Beitragsmarken zu verwenden.

Mitglieder, deren Mitgliedsbücher mit Ende dieses Jahres vollgeklebt werden, wollen schon jetzt ihre zuständige Ortsverwaltung auf diesen Umstand aufmerksam machen, damit Bestellungen rechtzeitig gemacht werden können und sich am Jahresschluß nicht zu stark häufen.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

## Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 5 785 480, lautend auf den Former Walter Gleich, geboren am 5. November 1909 in Brandenburg (Brandenburg).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

## Vom Reich der alten Herrlichkeit

In der Jubiläumsdenkschrift des Reichverbandes deutscher Justizwachmeister wird an einem Beispiel das Verhältnis zwischen Untertan und Oberherrn dargestellt. Der Reichsverband wollte für die Justizunterbeamten eine einheitliche Amtsbezeichnung erreichen. Am 17. Dezember 1917 wurde folgendes Gesuch eingereicht:

„Euerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König, Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Ehrfurchtsvoll wagt sich vor Eure Majestät der Vorsitzende des Bundes der Justizunterbeamten Preußens mit der Bitte nahen zu dürfen:

Eure Kaiserliche Majestät wollen in Gnaden geruhen, den Justizunterbeamten, welche bis heute den Titel Gerichtsdieners und Gefangenenaufseher führen, eine einheitliche Amtsbezeichnung zukommen zu lassen.“

Der Schlußsatz dieser köstlichen Eingabe lautet:

„Im Namen sämtlicher Bundesmitglieder wage Eurer Majestät ich die ehrfurchtsvolle Bitte vorzutragen:

Eure Majestät wollen allergnädigst geruhen, sämtlichen bei der preußischen Justizverwaltung angestellten Unterbeamten den Titel „Justizaufseher“, und zwar den Oberaufsehern bei den Gefängnissen sowie den Botenmeistern und Ersten Gerichtsdienern den Titel „Justizoberaufseher“, den Gefangenenaufsehern und Gerichtsdienern den Titel „Justizaufseher“ in Gnaden verleihen zu wollen.

Eurer Kaiserlichen Majestät in tiefster Ehrfurcht untertänigster E. A., Bundesvorsitzender.“

## Jubilärfest in Neustadt a. d. Orla

Am 22. Oktober fanden sich die Kollegen der Verwaltungsstelle in Neustadt a. d. Orla zusammen, um ihr 40jähriges Jubiläum zu feiern. Gerade die heutige Zeit macht es uns zur Pflicht, Rückblick zu halten. Kaum war das Sozialistengesetz gefallen, als auch in Neustadt die Metallarbeiter erkannten, daß nur die Organisation eine Verbesserung der Lage der Arbeiter bringen kann. Aus 16 Mitgliedern ist eine stattliche Verwaltungsstelle entstanden. Der Bevollmächtigte, Kollege Bredt, teilte in der Begrüßung mit, daß wir 12 Jubilare haben, die 25 bis 34 Jahre dem Verband angehören. Vom Hauptvorstand war der Kollege Handke erschienen, der herzliche Worte für die Jubilare fand, aber auch auf den Ernst der heutigen Situation hinwies und die Notwendigkeit aktiver Arbeit für die Bewegung betonte. Der Arbeitergesangverein und die SAJ gaben durch ihre Darbietungen dem Abend besonderes Gepräge. Einige gesellige Stunden hielten die Mitglieder zusammen. Hoffen wir, daß dieser Abend dazu beigetragen hat, daß alle Kollegen mit frischem Mut an die weitere Arbeit gehen und daß die Jungen sich an den Alten ein Beispiel nehmen.

## Hermann Müller gestorben

Der einstige stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Hermann Müller, ist am 13. November plötzlich verstorben. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung verliert in kurzen Zeiträumen ihre besten Kämpfer der alten Garde. Nach Kubo und Umbreit nun auch Hermann Müller. Obwohl der verstorbene Freund in letzter Zeit zu erkennen gab, daß er sich zur Ruhe setzen wollte, ist der plötzliche Tod überaus bedauerlich. Hermann Müller hat ein Alter von 64 Jahren erreicht. Er war von Beruf Lithograph und in seiner Berufsorganisation jahrzehntelang tätig. Von 1898 bis 1900 war er Redakteur an dem Bochumer Parteiblatt. 1900 folgte er einem Rufe nach Bremen als Arbeitersekretär. Im Jahre 1905 wurde er in das von der Generalkommission der Gewerkschaften geschaffene Arbeiterssekretariat berufen. 1922 trat er ein in die Redaktion des Korrespondenzblattes, der heutigen Gewerkschaftszeitung. 1924 wurde er vom Bundesvorstand zum stellvertretenden Vorsitzenden des ADGB gewählt.

Hermann Müller war der geborene Sozialpolitiker. Durch mehrere Schriften versuchte er dieses überaus wichtige Gebiet zu verteidigen und den Arbeitern näher zu bringen. Nicht zuletzt in seiner Eigenschaft als Sozialpolitiker wurde er von den deutschen Gewerkschaften als Vertreter in die internationale Arbeitsorganisation entsandt, wo er seit 1924 der stimmführende deutsche Arbeitervertreter war. Seitdem war er auch Mitglied des Verwaltungsrats des Arbeitsamts. Er gehörte einer großen Zahl von Ausschüssen an. Ferner vertrat er die internationale Arbeitsorganisation im Völkerbundsaußschuß für Flüchtlingwesen, sowie in dem beratenden Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes. Überall hat er seinen Mann gestanden. Sein Rat wird im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation entbehrt werden. Die deutschen Gewerkschaftskollegen gedenken ihres verstorbenen Freundes über das Grab hinaus.

# Sitzung des Erweiterten Beirats

## Die Wirtschaftslage — Gegen den Wehrsport — Für und wider Tarif- und Schlichtungswesen — Gewerkschaftliche Werbung

Die auf den statutenmäßig nach jedem Verbandstag stattfindenden Bezirkskonferenzen des DMV gewählten Beiratsmitglieder traten am 14. und 15. November zum erstmaligen Zusammen zum Entgegennahme eines Berichts des Vorstands über seine Tätigkeit und zur Beratung wichtiger organisatorischer Fragen.

Der Vorsitzende Reichel gedenkt in seiner Eröffnungsrede der verstorbenen Beiratsmitglieder Demtröder, Witten und Heide-München sowie des Vorsitzenden Janeczek vom Österreichischen Metallarbeiter-Verband. Sodann verweist er auf die dringende Notwendigkeit, in dieser gährenden Zeit möglichst einheitliche Richtlinien für die Verbandsarbeit zu finden sowie die geistigen Waffen zu schmieden, die die Gewerkschaften befähigen, den Stürmen der nächsten Zeit gerüst zu sein.

In einem richtungweisenden Vortrag behandelt der Vorsitzende Brandes die Wirtschaftslage und die damit in Zusammenhang stehende Arbeit sowie die Tätigkeit des Verbandes. Die Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft ist, so führt Brandes aus, so eng geworden, daß alle politischen Vorgänge, wie Wahlen, Kabinettsbildung, Regierungsproklamationen usw., unmittelbar auf die Wirtschaft zurückwirken, und zwar meist konjunkturehemmend. Durch die letzten Wahlen ist in Deutschland eine Klärung insofern eingetreten, als der Anreiz zu künstlichen Ankurbelungen und optimistisch gefärbten Darstellungen entfällt und sich ein klareres Bild über die Papensche Verordnung zur Behebung der Wirtschaft ergibt. Diese Verordnung brachte den Unternehmern Steuergutscheine und andere Geschenke; sie fand daher bei den Unternehmern begeisterte Zustimmung. Daran schloß sich eine rege Besinnung der Öffentlichkeit im Sinne einer bevorstehenden Konjunkturwende. Diesem zum Teil künstlich hervorgerufenen, zum Teil nach der langen Depression erklärlichen Wunderglauben ist eine Ernüchterung gefolgt. Vom rein privatkapitalistischen Standpunkt aus hätte die zusätzliche Schaffung von Zahlungsmitteln, wie sie die Steuergutscheine darstellen, eine Belebung der Wirtschaft bewirken können. Aber die Regierung Papen hat die Ankurbelung durch andere Maßnahmen zerstört. Die materiellen Voraussetzungen der Belebungen bestanden in der Sicherung des notwendigen Absatzes für die zu erwartende Mehrerzeugung im In- und Ausland. Auf dem Binnenmarkt ist durch die in der Notverordnung enthaltenen Lohnkürzungen und Herabminderung der sozialen Leistungen eine weitere Senkung der Kaufkraft eingetreten, und die Außenmärkte sind durch die Kontingentierung der Regierung aufs empfindlichste geschädigt worden. Selbst ganz deutschfreundliche Staaten sind in der höchsten Weise aufgebrach über das Vorgehen der Regierung, das nur einer kleinen Schicht von Großgrundbesitzern dienlich ist. Die Spannung der internationalen Handelsbeziehungen ist also erheblich verschärft und im Lande selbst sind die Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft aufgerissen. In diesem inneren Widerspruch der Papenschen Wirtschaftspolitik spiegeln sich die Interessengegensätze der Gruppen, die in der Regierung vertreten und durch ihre personelle Zusammensetzung erkennbar sind: Industrielle und Großlandwirte.

Bei Fortsetzung der jetzigen Regierungspolitik ist leider damit zu rechnen, daß von den etwa drei Millionen Arbeitern, die zur Zeit mit der Fertigung von Ausfuhrartikeln beschäftigt sind, noch ein großer Teil entlassen wird. Auch ist zu befürchten, daß sich eine auf dem Weltmarkt anbahnende Konjunkturwende nur zu einem Teil auf dem deutschen Arbeitsmarkt auswirken werde. Das Privatkapital findet keinen Ausweg mehr aus dem Dilemma. Wir müssen daher unsere Agitation für eine Planwirtschaft fortsetzen. Papen selbst hat ja in Münster zum Ausdruck gebracht, daß mit seinem Programm den Unternehmern die letzte Chance gegeben sei, und viele Vertreter der Unternehmer sind mit uns der Meinung, daß die Zeit für eine Durchführung der Planwirtschaft nicht mehr fern ist.

Eingehend werden dann von Brandes die Prozesse erörtert, die in Abwehr der aus der Notverordnung vom 5. September sich ergebenden Sachlage geführt werden mußten. Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 12. November zu dem Streitfall im Alexanderwerk, Remscheid, das die Rechtsgültigkeit der Notverordnung bejaht, hat nun für die Gewerkschaften eine völlig veränderte Sachlage gezeitigt, zu der der Beirat Stellung nehmen muß.

Von den von Brandes behandelten internen Verbandsangelegenheiten ist bemerkenswert, daß die Verschmelzung der Bezirke Köln-Hagen und Bielefeld-Essen vollzogen wurde, was sich organisatorisch und finanziell auswirken werde. Die durch den Tod des Bezirksleiters Heide in München frei gewordene Stelle soll nicht wieder besetzt werden; die Bearbeitung für das seither von München aus verwaltete Gebiet wird künftig von Nürnberg aus erfolgen. Der Beirat stimmt dem zu.

Nach eingehender Erörterung der politischen Lage verweist Brandes auf die großen dem DMV bevorstehenden Aufgaben und die von allen Mitgliedern und Funktionären verlangten Opfer. Auf dem Weg zu unserem Ziele dürfen wir, so schließt der Redner, weder links noch rechts blicken. Die sozialistische und die Gewerkschaftsbewegung ist trotz aller gemeinen und erbärmlichen Mittel, die gegen sie angewendet werden, ein festgefügtter Block, der nicht zu erschüttern ist.

Anschließend an diesen Vortrag gibt der Hauptkassierer Schäfer einen Überblick über die Kassenverhältnisse, insbesondere über die Einnahmen und Ausgaben in den ersten drei Quartalen 1932, und die voraussichtliche Finanzgebarung. Die in Dortmund gefaßten Beschlüsse werden sich erst im vierten Quartal und im kommenden Jahr auswirken.

### Die Aussprache

Urich-Berlin verweist darauf, daß der elektrotechnischen und der Lokomotiv-Industrie durch die Handelspolitik der Regierung eine Reihe Aufträge entgangen sind. Der Redner kritisiert die Haltung einzelner Gewerkschaftsmitglieder in der Frage der „Ertüchtigung der Jugend“, die von einem besonderen Kuratorium unter General Stülpnagel's Führung angestrebt wird. Unsere Stellung zur Arbeitsdienstpflicht hat uns in Schwierigkeiten gebracht, über die wir eingehend reden müssen. — Wolf-Essen berichtet über Pläne der Nordwestgruppe und der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke hinsichtlich weiterer Lohnabzüge. Diese könnten unmöglich hingenommen werden. — Schäfer-Leipzig betont die Notwendigkeit einer geschlossenen Abwehr gegen alle Vorstöße der Unternehmer, die auf Grund des § 7 der Notverordnung zu erwarten sind. Mit Urich ist der Redner darin einig, daß die Gewerkschaften in dem Stülpnagel-Kuratorium nichts zu suchen haben, weil die geplante Jugendertüchtigung nichts anderes ist als Erziehung zu einem neuen Krieg und neuem Massenmord. — Kästner-Nürnberg glaubt nicht, daß wir mit dem von Schäfer zitierten Generalstreik aus dem Elend herauskommen. — Mulansky-Frankfurt fürchtet die Unter-

bindung unserer Kämpfe gegen die Notverordnung durch Schiedssprüche und Verbindlichkeitsklärungen der Schlichter. Der Redner berichtet über die Stellung des Reichsbanners zu dem Stülpnagel-Kuratorium, wonach der Bundesvorstand freie Hand hat, in der Sache nach bestem Gutdünken zu handeln. — Weh-Köln warnt vor Übereilung in der Beurteilung der Wirtschaftslage und der Möglichkeit einer baldigen Sozialisierung der Wirtschaft, die dagegen wirkenden Kräfte des Kapitalismus sind außerordentlich stark.

Schulenburg-Karlsruhe bewertet die von dem Kassierer Schäfer im Zusammenhang mit der Darlegung der Finanzverhältnisse erwähnten Austritte der Mitglieder nicht als Mangel an Vertrauen zum Verband. Viele können den geringen Beitrag von 10 Pf. in der Woche nicht mehr bezahlen und viele begreifen auch die Notwendigkeit einer festgefügtten Organisation nicht. Sie kehren dem Verband den Rücken, sobald ihnen persönlich nicht das geboten werden kann, was sie erwarten. Wenn die Unternehmer den § 7 der Notverordnung noch weiter ausnützen, dann wird die Zeit kommen, wo wir sagen: Jetzt ist Schluß! Dann wird auch ein Reichsarbeitsgerichtsurteil über den Haufen geworfen werden können. — Gubatz-Bielefeld wendet sich gegen die Zersetzungsart und verteidigt die Agitation des Baugewerksbunds gegen den Arbeitsdienst. Die freie Arbeit der Familienväter ist unter allen Umständen vorteilhafter für die Volkswirtschaft als die der Jugendlichen. — Freitag-Hagen bezeichnet die Steuergutscheine als Kampfspritze. Ein Anstieg der Wirtschaft ist davon nicht zu erwarten. Der Redner befürwortet eine Loslösung von den Tarifverträgen, um den Konsequenzen auszuweichen, die sich aus dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts für die Organisation ergeben. — Ritzer-Erlangen erörtert die für die Gewerkschaft notwendigen Entschlüsse im Fall einer nochmaligen Reichstagsauflösung und eines Verfassungsbruchs. — Näpflin-Nürnberg schildert den Verlauf einer Bewegung in Schwabach und die Auswirkung der erlassenen einstweiligen Verfügung in dieser Sache. Er ist gegen die Aufhebung der Tarifverträge. Die Kollegen legen großen Wert auf deren Bestand. — Haupt-Kassel meint, daß weder der Kollege Brandes, noch irgend jemand anderes das erlösende Wort von der Beendigung der Krise aussprechen kann. Solange diese besteht, werden wir auch die anormalen politischen Zustände haben. Von dem heutigen Staat sollten wir uns lösen. Wir verteidigen die Republik, obgleich sie sich gar nicht mehr viel unterscheidet von dem Kaiserreich; wir verteidigen das Arbeitsrecht, obgleich wir machtlos und einflusslos sind. Fraglich ist auch, ob wir uns nicht eine Zeitlang von den Tarifen lösen sollten. Wir würden Handlungsfreiheit bekommen und könnten eine größere Aktivität entfalten. — Tost-Berlin ist wie andere Redner der Ansicht, daß sich die Wirtschaftslage nicht sobald bessern wird. Dazu ist viel zu viel Porzellan von der Papen-Regierung zerschlagen worden. Deutschland hat seine Auslandsmärkte in Skandinavien, Holland und Italien verloren. Jeder Tag zeigt der Arbeiterschaft, daß der Kapitalismus nicht so weiterwirtschaften kann und die von uns längst angestrebte Planwirtschaft einsetzen muß.

Urich-Berlin stimmt dem Kollegen Freitag hinsichtlich seiner These über die Loslösung von den Tarifverträgen zu, doch müssen die sich daraus ergebenden schweren Folgen wohl erwogen werden. Handlungsfreiheit kann in manchen Fällen erstrebenswert sein, insbesondere dort, wo sich der Tarif eingeführt und bewährt hat, wird die Abschaffung schwer möglich sein.

Metz-Berlin verweist auf den politischen Einschlag in der Aussprache. Niemand weiß, was uns das Jahr 1933, ja vielleicht schon die nächste Zeit bringen wird. 1918 wäre eine Umwandlung der Wirtschaft mißglückt, weil die Rohstoffe fehlten und die mechanischen Einrichtungen sowie die Landwirtschaft herabgewirtschaftet waren. Heute ist die Sachlage anders und wir können mit größerer Zuversicht von Sozialisierung reden. Wenn die Tarife für uns ein Hemmnis sind, dann weg damit! Aber ein allgemeiner Ruf: Los vom Tarif wäre verfehlt. Gegenüber einigen Rednern, die von den Papenplänen sprachen, meint der Redner, daß wenn die Reaktion zu einem vernichtenden Schlag ausholen sollte, es zu einer Explosion führen könnte.

Kummer-Berlin: Der heute zum Ausdruck gekommene Pessimismus ist ein Zeichen für den Verlust mancher Illusionen, die ein Teil von uns lange Zeit besaß. Die Tarife und das Schlichtungswesen waren für die Gewerkschaftspolitik eine Zeitlang eine Tragfläche, heute sind sie ein Hemmschuh, eine Traglast. Redner zitiert verschiedene Fälle, wo unsere Kollegen durch die Notwendigkeit der Einhaltung des Tarifs in Mißkredit kamen und fürchtete, daß sich in den nächsten Monaten noch mehr derartige Fälle ereignen werden. Über den Zeitpunkt der Sozialisierung meint der Redner, daß wir diesen noch erleben werden. Selbstverständlich braucht eine solche Umwandlung Jahrzehnte bis zu ihrer Vollendung. Von dem Märchen einer Hebung der Wirtschaft dürfen wir uns nicht einlullen lassen. Die Illusionen darüber werden sich nicht erfüllen. Bis jetzt fehlt jeder zuverlässige Nachweis, daß der Papenplan sich auswirkt. Redner verweist schließlich noch auf die Reden von Löbe und Bauer in Wien über die Notwendigkeit einer Einigung mit den Kommunisten. Diese sei notwendiger denn je.

### Schlußwort

In seinem Schlußwort stellt der Vorsitzende Brandes zunächst fest, daß der Beirat in den Grundfragen unserer Gewerkschaftstaktik und -politik einig ist. Bei den politischen Fragen wirkt das Ergebnis der letzten Reichstagswahl nach. Aber es darf nicht vergessen werden, den größten Zulauf haben stets die Parteien, die am meisten versprechen, und dies waren die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Die von einigen Rednern angeführten Agitationsmethoden kann der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht nachahmen. Der Vorstand ist für Tarife, solange diese die Möglichkeit geben, daß auch die andere Seite genau so gebunden ist. Deshalb ja auch unser Kampf gegen die Papen-Verordnung, die dieses gleiche Recht beseitigt hat. Wo die Notwendigkeit vorliegt, wird tarifloser Zustand eingeführt werden. Es arbeiten schon jetzt Hunderttausende ohne Tarif. In der Frage der Jugendertüchtigung wollen wir uns genau ansehen, was geplant ist und danach unser Vorgehen einrichten. An dem Stülpnagel-Kuratorium werden sich der DMV und die Gewerkschaften nicht beteiligen. Anders liegt die Sache beim Freiwilligen Arbeitsdienst. Die Tolerierungspolitik war notwendig. Die Brüning-Regierung hat unbestritten den Arbeitern vieles zugemutet, und die Gewerkschaften haben sich ja auch energisch gegen diese Zumutungen gewehrt; aber die Grundrechte des Volkes wurden nicht angetastet. Darin liegt der Unterschied zwischen Brüning und Papen. Ein Generalstreik muß Verständnis finden bis tief in die Kreise des Bürgertums hinein, wenn der Streik erfolgreich sein soll, sonst müssen wir eine zum Losschlagen geeignete Lage haben. Der Wille zur Einheitsfront besteht von unserer Seite. Aber die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands kann

sich nicht von einer ausländischen Regierung Befehle geben lassen, und daß die deutschen Kommunisten von Moskau aus dirigiert werden, weiß allmählich jedes kleine Kind. Dauererfolge werden wir nur durch langjährige Aufklärungsarbeit erzielen. Kein denkender Sozialist zweifelt daran, daß sich die untergehende Kapitalistenklasse mit allen Mitteln an der Macht halten will, aber die Umwandlung der Wirtschaft wird trotzdem kommen. Wir alle werden weiterhin die dazu notwendige Vorarbeit leisten, und diese in dem Bewußtsein, daß wir die Folgen unseres Strebens auch tatsächlich feststellen und erleben können.

### Gewerkschaftliche Werbearbeit

Die Werbung neuer Mitglieder wurde am zweiten Verhandlungstag von dem Vorstandsekretär Schliestedt eingehend behandelt. Die Agitation, so führte der Redner aus, wird in ihrer Form und Anwendung bestimmt durch die Wandlungen der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und durch die geistige Beschaffenheit der Menschen. Als Grundlage seiner Betrachtungen diente dem Redner die Entwicklung der Mitgliederzahl des Verbandes in den letzten vierzig Jahren. Diese führte von 1891 bis 1912 ununterbrochen aufwärts. Im Jahre 1913, einem Krisenjahr, trat ein Rückgang ein, und die Kriegsjahre mit ihren starken Abgängen zum Kriegsdienst brachten gleichfalls einen Rückschlag. Die Jahre 1918 bis 1922 brachten den Gewerkschaften einen ungeheuren Zulauf; aber es war Flugsand. Von 1923 an traten viele wieder aus, die gehofft hatten, daß der Verband Wunder wirken könne. Die Kurve der Mitgliederbewegung zeigt in der Nachkriegszeit Ausschläge ganz horrender Art.

Im Jahre 1926 wurde mit 675 000 Mitgliedern der Tiefstand erreicht, dann stieg die Mitgliederkurve wieder bis zum Jahr 1930, wo der DMV 940 578 Mitglieder besaß, dann trat wieder ein Rückgang ein, so daß am Ende des dritten Quartals dieses Jahres 691 000 Mitglieder vorhanden waren. An Hand der Zu- und Abgänge in den einzelnen Jahren und Bezirken zeigt der Redner, daß der Mitgliederwechsel geringer geworden ist. Die Mitglieder halten jetzt stärker am Verband fest als früher.

Nach Umreißung der Grenzen der Propaganda für den Verband erläutert der Redner die Notwendigkeiten der künftigen Verbandstätigkeit. Bei der Werbearbeit in der Vorkriegszeit waren der Appell und das Gefühl sowie die Hinweise auf die sozialen Leistungen Hauptmittel. Bis zum Krieg war der Verband auch in geistiger Hinsicht im Ansteigen. Die frühere Werbetätigkeit war auf Form- und Dauerwirkung berechnet, und dies hat sich nach dem Krieg günstig ausgewirkt. Durch den Massenstrom zu den Gewerkschaften nach der Revolution war keine Werbung notwendig, zudem waren in den Betrieben die Fesseln gefallen, und die sich frei führenden duldeten kaum noch Unorganisierte. Die sich bildenden neuen Formen des Arbeitsverhältnisses, das Arbeitsrecht, die Anerkennung der Gewerkschaften in der Verfassung, das Schlichtungswesen und anderes wirkten sich auch in der Werbetätigkeit aus; die Tarife und die Verbindlichkeitsklärungen hemmten diese Tätigkeit, weil der einzelne nicht mehr um seinen Lohn zu kämpfen brauchte. Man mußte nun an das Ehrgefühl appellieren, um Mitglieder werben zu können.

Die Wandlungen im Arbeitsverhältnis, im Rechts- und im Staatsleben, die sich seit 1930 immer stärker bemerkbar machen, brachten in die Propaganda den Appell an den Verstand und an die Überlegung, und die neueste Zeit mit ihrer Tarifauflöckerung sowie der staatlichen Eingriffe in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedarf einer Änderung der Werbetätigkeit. Wir stehen an einem kritischen Punkt der Wirtschaft; es geht nicht mehr allein um Arbeit und Lohn, sondern um völligen Umbau des Wirtschaftslebens. Das alles bedarf der Berücksichtigung bei unserer Werbung.

Als Tagesaufgaben sind die betrieblichen Verhältnisse, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Arbeitsrechts- und Staatsfragen in unsere Propaganda einzubeziehen. Daueraufgaben sind die Propagandierung der Wirtschaftsfragen und der Umgestaltung der Wirtschaft, Schlichtungswesen und Arbeitsrecht sind jetzt in der Hand einer Regierung, die offen gegen das Volk auftritt und wir haben dagegen einen Abwehrkampf zu führen. Ein solcher ist auch notwendig gegen die Angriffe und Beschimpfungen der KPD und RGO. Unser Kampf wendet sich nicht gegen die KPD als Partei, sondern gegen die gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen, der die Führer dieser Partei huldigen. Die Hakenkreuzer als Vernichter jeder Gewerkschaftsbewegung müssen besonders behandelt werden. Die irreführenden Arbeiter müssen vom Hakenkreuz losgelöst werden. Soweit bei Mitgliedern dieser Partei in der Tat eine antikapitalistische Einstellung besteht, muß diese in eine wirklich sozialistische Anschauung umgewandelt werden.

Redner behandelt noch die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine und die christlichen Gewerkschaften und erläutert darauf die Technik der Propaganda, die in drei Gruppen eingeteilt ist. Besondere Aufmerksamkeit ist der Schulung der Propagandisten zu schenken. Unser Funktionärkörper ist auf den Betriebsräten aufgebaut. Falach ist, von diesen alles zu verlangen; wir brauchen für die Werbearbeit besondere Vertrauensleute.

Zur Erleichterung der Werbung von Mitgliedern hat der Vorstand eine Herabsetzung des Beitrittsgeldes beschlossen. Der Vorstand ist sich bewußt, daß die Werbetätigkeit unendlich schwerer ist als früher. Von jedem einzelnen wird Außergewöhnliches gefordert, die ganze Problematik unserer wirtschaftlichen und politischen Zustände muß in der Agitation erkannt, bedeutet und gelöst werden. Vor allem müssen zu den vorhandenen sachlichen Voraussetzungen einer Umwandlung der Wirtschaft die subjektiven Voraussetzungen geschaffen werden. Das Wichtigste und Notwendigste aber in der Propaganda ist Selbstvertrauen und Vertrauen zueinander, um dadurch Vertrauen zu gewinnen.

Die, sich an den Vortrag anschließende Aussprache wird bestritten von Kästner-Nürnberg, Huber-Würzburg, Bähler-Heilbronn, Haupt-Kassel, Schulenburg-Karlsruhe, Glade-München, Haas-Osnabrück, Urich-Berlin und Kummer-Berlin. Einige Redner geben wertvolle Aufschlüsse über die Art der Werbetätigkeit in ihren Verwaltungsbezirken.

Mit der vom Vorstand vorgeschlagenen Herabsetzung des Beitrittsgeldes um 50 Pf. für männliche und um 20 Pf. für weibliche Personen, rückwirkend vom 2. Oktober d. J. an, ist der Beirat einverstanden. Über die Art der Verrechnung und Verwendung des den Verwaltungen verbleibenden restlichen Teils des Beitrittsgeldes ergehen besondere Anweisungen.

In einem Schlußwort würdigt der Vorsitzende Reichel das Ergebnis der Tagung. Sie habe dazu beigetragen, die Zuversicht und das Vertrauen in den Wiederaufstieg des Verbandes zu stärken. — Die Teilnehmer trennten sich mit dem „Freiheit“-Ruf und dem Gelöbnis, weiterhin einheitlich und geschlossen an dem Zukunftswerk des DMV und der Arbeiterbewegung tätig zu sein.

